



GRÜNES TRIER

Weltoffen, nachhaltig, lebenswert!

Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Trier
zur Kommunalwahl am 26.5.2019



TRIERS ZUKUNFT – NACHHALTIG & GERECHT

Programm von Bündnis 90/Die GRÜNEN Trier zur Kommunalwahl 2019

GRÜN ist, was wir alle daraus machen – Klimaschutz vor Ort JETZT

In den letzten Jahren hat sich Trier dank etlicher privater Initiativen deutlich in Richtung einer GRÜNEN Stadt entwickelt wie wir GRÜNE sie uns wünschen: so gibt es z.B. monatlich das „Repair-Café“ als inzwischen gut eingeführtes Selbsthilfeprojekt bei Reparaturmaßnahmen; der große „Free Your Stuff-Markt“ im Schammatdorfzentrum wird von zahlreichen Helfer*innen getragen und erfreut sich sehr vieler Besucher*innen, die statt Neukauf gebrauchte Dinge aufwerten und weiterverwenden. Per Petition soll in Trier ein Pfandsystem für Kaffeebecher eingeführt werden. Diverse Urban-Gardening-Projekte lassen Straßenzüge aufblühen, ebenso wurde bereits eine Initiative zur solidarischen Landwirtschaft gestartet.

Diese privaten Initiativen sind enorm wichtig, reichen alleine aber nicht aus, wenn wir das zentrale Problem der Menschheit, den Klimawandel, in den Griff bekommen wollen. Wir alle sind gefragt, vor Ort zu handeln. Wie uns die neuesten Studien der führenden Klimaexperten zeigen, dürfen wir unser Handeln nicht aufschieben. Wir müssen JETZT alle Hebel ergreifen, mit denen sich die Klimaerwärmung abmildern lässt.

Unsere Aufgabe als GRÜNE im Kommunalparlament sahen und sehen wir darin, die Voraussetzungen für ein rundherum GRÜNES Trier zu schaffen und damit einen starken Beitrag für den Klimaschutz und Lebensqualität vor Ort zu leisten. In den letzten Jahren konnten wir dank einer starken Fraktion im Stadtrat wichtige GRÜNE Forderungen erfolgreich einbringen. Beispielhaft erwähnt seien hier

- die Einleitung erster kommunaler Maßnahmen gegen den Klimawandel,
- deutlich gestiegene Investitionen in den Fuß- und Radverkehr, sowie
- die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung.

Mit manchen unserer Forderungen ließen sich in den letzten Jahren leider keine Mehrheiten erzielen, z.B. zuletzt beim immer noch zu verhindernden Neubaugebiet Brubacher Hof.

Gerade bei knappen Ratsentscheidungen wird deutlich, dass jede GRÜNE Stimme zählt. Daher treten wir auch zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 mit dem klaren Ziel an, ein möglichst hohes Wahlergebnis zu erreichen. Je mehr GRÜNE Sitze wir im Rat haben, desto weniger sind wir auf andere Parteien und unbefriedigende Kompromisse angewiesen.

Das Ihnen heute vorliegende Programm ist in einem für uns völlig neuartigen Prozess entstanden, bei dem alle Bürger*innen zur Mitarbeit eingeladen waren und keine Parteimitgliedschaft Voraussetzung war. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und interessierten Bürger*innen haben wir in sechs Themenabenden Forderungen und Visionen für unsere Stadt diskutiert und zu Papier gebracht.

Anregungen zum Kommunalwahlprogramm waren nicht nur an den Themenabenden von August bis Oktober willkommen, sondern flossen auch auf anderen Wegen mit ein: durch Hinweise aus unserer Fraktion oder Anmerkungen von Mitgliedern oder interessierten Bürger*innen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die mitdiskutiert und -geschrieben haben und hoffen, mit unserem Programm eine Entscheidungshilfe für die Kommunalwahl zu bieten – für ein GRÜNES Trier!

Trier, im Februar 2019

Bündnis 90/Die GRÜNEN Trier

Inhalt

1	Umwelt, Ökologie & Energie	1
1.1	Ein Umweltdezernat für Trier	1
1.2	Naturschutz und Artenvielfalt	1
1.3	Tierschutz	3
1.4	Klimaschutz und saubere Luft	4
1.5	Energie	6
1.6	Gewässerschutz	7
1.7	Müll	8
2	Mobilität	9
2.1	Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen	9
2.2	Mit dem ÖPNV zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen und in die Freizeit	10
2.3	Lärmfrei leben durch weniger Verkehr	12
2.4	Radverkehr	13
2.5	Weniger Autos – mehr Platz für alle	15
2.6	Car-Sharing	16
2.7	Clevere und effiziente Verkehrslenkung	16
2.8	Ausbau der Elektro-Ladesäulen und Schaffung einer Wasserstoff-Tankstelle	17
2.9	Bessere Bahn-Anbindung	17
2.10	Verkehr auf neuen Wegen – die urbane Seilbahn und die Irminen-/Barbara-Stege	18
2.11	Mobilitätsmanagement	18
2.12	Mobilität der Zukunft - Trier als „Smart City“	19
3	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport	21
3.1	Wohnen für alle ermöglichen, Durchmischung erreichen, Anbindung schaffen	21
3.2	Zugang für alle durch Beratende Sozialverwaltung	22
3.3	Soziale Teilhabe für alle	23
3.4	Die Stadt als vorbildlicher Arbeitgeber	24
3.5	Sucht, Arbeitslosigkeit, Prostitution	26
3.6	Gesundheit	27
3.7	Sport	28

4	Inklusion, gerechte Teilhabe, Integration und Emanzipation	29
4.1	Barrierefreiheit gewährleisten	30
4.2	Gleiche Rechte für Frauen und Männer	31
4.3	Migrant*innen willkommen heißen	32
4.4	Ein gutes Leben im Alter	33
4.5	Jugendhilfe	34
4.6	LGBTIQ* – Gleiche Rechte für alle: Wir leben eine bunte Gesellschaft	35
5	Bildung und Kultur	37
5.1	Bildungsgerechtigkeit und gut ausgestattete Bildungseinrichtungen für selbstbestimmte Teilhabe am Leben	37
5.2	Räume für Kinder schaffen	39
5.3	Den Bedürfnissen junger Menschen gerecht werden	40
5.4	Kultur als elementares menschliches Bedürfnis	41
6	Stadtplanung/Bauen und Denkmalpflege	43
6.1	Planen und Bauen für den Menschen und im Einklang mit der Natur	43
6.2	Denkmalpflege	46
7	Sicherheit und Ordnung	47
7.1	Weniger Tempo, mehr Sicherheit auf den Straßen	47
7.2	Kommunalen Vollzugsdienst stärken, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum	47
7.3	Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	48
7.4	Justizvollzugsanstalt	49
8	Wirtschaft und Finanzen	51
8.1	Potenziale der lokalen Wirtschaft nachhaltig stärken und nutzen	51
8.2	Finanzen: Keine schwarze Null auf Kosten der Lebensqualität	53

1 Umwelt, Ökologie & Energie

Als Ballungsraum in einer Tallage mit hohem Verkehrsaufkommen steht Trier vor besonders großen Herausforderungen: Grünflächen und Rückzugsräume für die Natur sind knapp, Hitze und Hochwasser wirken sich im Talbereich besonders heftig aus, die tägliche Blechlawine verursacht Lärm und Luftverschmutzung. Hinzu kommt die permanente Gefahr eines GAUs im nahen Atomkraftwerk in Cattenom. Seit dem ersten Einzug der GRÜNEN in den Trierer Stadtrat setzen wir uns konsequent für eine starke Umweltpolitik ein. In der vergangenen Wahlperiode haben wir beispielsweise erreicht, dass der Entwurf des Flächennutzungsplanes durch Neuberechnung des Bedarfes und der Umkehrung des Bebauungsverhältnisses von Ein- zu Mehrfamilienhäusern umweltverträglicher gestaltet wurde. Wir haben außerdem erreicht, dass die Stadt ein Klimaschutzkonzept erstellt und ein Verbot der Ausbringung von Pestiziden und Insektiziden vorbereitet wird. Außerdem wurde auf unsere Initiative hin die Klage für eine Schließung des AKW Cattenom geprüft. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass das Pannenkraftwerk mit über 800 Störfällen seit Inbetriebnahme endlich abgeschaltet wird.

1.1 Ein Umweltdezernat für Trier

Umweltpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die nicht weiterhin in den vier verschiedenen Dezernaten zersplittert und so geschwächt werden darf. Die von uns initiierte Einrichtung der sogenannten Lenkungsgruppe „Klima – Umwelt – Energie“ reicht nicht aus, um aus zerstückelten, kleingeteilten, umweltpolitischen Maßnahmen eine konzeptionell ausgerichtete Umweltpolitik in Trier umzusetzen. Dies ist auch dadurch belegt, dass durch den Stadtrat selbst gesteckte Ziele nicht erreicht werden, wie z.B. bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Vielmehr benötigen wir ein neues Dezernat, in dem die Aufgaben und Kompetenzen gebündelt werden.

Daher fordern wir:

- Die Einrichtung eines eigenen Umweltdezernates für Trier, das die bisherigen Dezernate entlastet und eine Struktur ermöglicht, wie sie den Anforderungen einer zeitgemäßen, ökologisch ausgerichteten Stadtverwaltung einer Großstadt entspricht.

1.2 Naturschutz und Artenvielfalt

In Trier verbleiben nur noch wenige, dafür umso wertvollere Grünflächen und Wälder. Diese sind für das Stadtklima und die Artenvielfalt unverzichtbar. Die Grünflächen regulieren das aufgrund der Tallage im Sommer besonders heiße Stadtklima, indem sie die Innenstadt kühlen und für Frisch- und Kaltluftzufuhr aus den Randlagen sorgen. Außerdem dienen sie als Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten und als Naherholungsraum für die Bürger*innen. In Zeiten

fortschreitender Flächenversiegelung und Insektensterben ist der Erhalt ökologisch wertvoller Flächen wichtiger als je zuvor. Dafür steht GRÜNE Umweltpolitik ein.

In Trier leben einige geschützte und besonders schützenswerte Arten, deren Lebensraum durch Wohn- und Straßenbau und zunehmende menschliche Nutzung gefährdet ist. In den alten Mau-erwerken der Weinberge und stillgelegten Gleisanlagen leben Eidechsen, unter Brücken und an Waldrändern Fledermäuse und im FFH-Gebiet Mattheiser Wald die besonders geschütz- te Wildkatze, um nur einige Beispiele zu nennen. GRÜNE Politik bedeutet, sich für alle Arten einzusetzen, Lebensräume zu erhalten und zu schaffen.

Wir fordern daher:

- Die Versiegelung von Flächen muss im Hinblick auf den Schutz der Biosphäre und des Wasserhaushalts stark reduziert werden. Versiegelungen sind in allen Bereichen der Stadt, wo immer möglich, zu vermeiden oder auf das Notwendigste zu reduzieren. Bestehende Versiegelungen sind, wo immer möglich, aufzubrechen.
- Die Wiesen- und Weidenfläche am Brubacher Hof darf nicht bebaut werden, da die Ver-kehrspr Probleme nicht gelöst werden können, ein wichtiges Naherholungsgebiet entfällt und der Druck auf das FFH-Gebiet Mattheiser Wald zu hoch sein wird.
- Wegfallende Naturflächen müssen ökologisch hochwertig und räumlich möglichst nah an den Eingriffsflächen ausgeglichen werden. Um dies zu garantieren, fordern wir ein Ausgleichs-Monitoring.
- Vorhandene Naturflächen sollen vorrangig für ökologisch sinnvolle Nutzung zur Verfügung gestellt werden, z.B. für die Schaffung von Lebensraum für bedrohte Arten, als Wildblu- menwiese für Insekten, als Magerwiesen oder für die solidarische und ökologische Land- wirtschaft. Flächen, die nicht genutzt werden, sollen entsiegelt und so für die natürliche Versickerung von Regenwasser und die Nutzung als natürlicher Lebensraum zur Verfü- gung stehen.
- Insekten sollen durch ein Verbot der Ausbringung von Insektiziden und Pestiziden auf öffentlichen Flächen geschützt werden. Außerdem fordern wir, dass auch private Nut- zer*innen wie etwa Kleingartenpächter*innen oder die Deutsche Bahn von der Stadt kon- sequent zum Verzicht auf solche Chemikalien beraten und aufgefordert werden. Zudem sollen von städtischen Mitarbeiter*innen keine Laubbläser und ähnliche Geräte benutzt werden, die Insekten und andere kleine Lebewesen schädigen.
- Die Stadt soll es ihren Bürger*innen ermöglichen, Grünstreifen sowohl mit Zier- als auch Nutzpflanzen selbstständig zu bewirtschaften. Hierdurch wird das Grünflächenamt insge- samt entlastet und kann sich auf die übrigen Bereiche konzentrieren. Diese Möglichkeit zum einfachen Stadtgärtnern auf öffentlichen Flächen muss von der Stadt angemessen beworben und unterstützt werden.
- Die Stadt soll Maßnahmen zur Reduzierung des anfallenden Mülls umsetzen. Neben In- formationskampagnen wird die Zivilgesellschaft auch bei der Etablierung eines lokalen Pfandsystems z.B. für „Kaffee-to-go“ unterstützt. Außerdem sollen mehr Mülleimer mit Pfandringen und Aschenbechern aufgestellt werden, damit eine Vermüllung von Stadt und Natur vermieden wird. Eine regelmäßige und saisonal angepasste Leerung dieser Mülleimer ist zu gewährleisten.

- Es soll weniger Streusalz genutzt und auf umweltfreundliche Alternativen zurückgegriffen werden (z.B. Sand oder Split). Streusalz schädigt nicht nur Bäume und Pflanzen, sondern gelangt auch ins Grundwasser. Zum einen muss die Stadt selbst stärker auf Vermeidung setzen und noch konsequenter die Verwendung planen, zum anderen muss ein Verbot für die Nutzung auf privaten Flächen erfolgen. Im Alleenring und weiteren Straßen mit sensiblem Baumbestand muss auf Streusalz gänzlich verzichtet werden.
- Trier besitzt ausgedehnte Wälder, die sich weitgehend in einem guten Zustand befinden. Ihre Attraktivität für Erholung und Freizeit ist zu bewahren und zu fortzuentwickeln. Wälder sind bedeutsam in ihrer Funktion als CO²-Senke, sowie als Stabilisationsfaktor für Klima und Wasserhaushalt. Die städtischen Wälder müssen in ihrer ökologischen Wertigkeit erhalten bleiben. Deshalb sind die Wälder im Stadtgebiet nach den Grundsätzen der naturgemäßen Forstwirtschaft zu pflegen. Wir fordern, wo nötig, einen langfristigen Umbau des Waldes hin zu standortgerechten Laubbaumarten und den Verzicht auf Chemieeinsatz. Als Ausgleich von früheren Kahlschlägen ist es im Sinne der Nachhaltigkeit notwendig, dass der natürliche Zuwachs die Holzentnahme übersteigen muss. Die Nutzung von Holz als Baustoff oder Restholz zur energetischen Verwertung steht diesem Grundsatz nicht entgegen. Dabei muss der finanzielle Ertrag der Forstwirtschaft gegenüber der ökologischen Wertigkeit des Waldes nachrangig bleiben.
- Größte Gefahr droht den Trierer Wäldern durch die Fernstraßenplanungen des Bundes, die wir schon bei der Verabschiedung des Flächennutzungsplans im Rat konsequent abgelehnt haben. Der Moselaufstieg zwischen Trier-Zewen und Igel sowie der mögliche Bau der Autobahn durch den Pfalzeler-, den Ehranger- und den Meulenwald würde einen frevelhaften Kahlschlag bedeuten. Dies gilt es zu verhindern.

1.3 Tierschutz

Der Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Tiere werden zu häufig aus ihrem Lebensraum verdrängt, nicht artgerecht gehalten, ausgesetzt oder auf andere Weise misshandelt. Der Mensch muss seiner Verantwortung für die Tierwelt gerecht werden. Hierzu wollen wir einen wichtigen Beitrag leisten. Wir setzen uns schon heute konsequent für eine Verbesserung der Situation im Trierer Tierheim ein und kämpfen seit Jahren für ein Verbot des Auftritts von Zirkussen mit Wildtieren.

Unsere konkreten Forderungen:

- Das Trierer Tierheim muss finanziell so unterstützt werden, dass ein menschen- und tierwürdiger Betrieb möglich ist. Die Stadt ist heute bereits die größte finanzielle Unterstützerin auf Seiten der Kommunen. Umliegende Gemeinden beteiligen sich nicht in angemessenem Umfang. Häufig ist der Tierschutzverein als Betreiber von stark schwankenden privaten Spenden und Erbschaften abhängig, die keine verlässliche Planung ermöglichen. Die Stadt muss im permanenten Austausch mit dem Tierschutzverein eine auskömmliche Finanzierung sicherstellen. Hierzu muss die Stadt erbrachte Leistungen genau abrechnen und auch für die Bereithaltung von Gebäude- und Personalkapazitäten zahlen. Zudem muss die Stadt eine gerechte Mitfinanzierung bei den Umlandgemeinden einfordern und auf den Abschluss einer Fundtierversicherung hinwirken.
- Eine zu hohe Anzahl herrenloser und wildlebender Katzen verursacht Probleme, da sich ungehindert Krankheiten ausbreiten können und zu viele Singvögel gefressen werden.

Daher soll die Stadt Trier wie viele andere Kommunen bundesweit auch eine Kastrationspflicht für freilaufende Katzen einführen, wodurch eine nicht zu kontrollierende Ausbreitung wilder und herrenloser Katzen eingedämmt werden soll.

- Die Stadt soll eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen einführen, damit Fundtiere schnell an die Eigentümer zurückgegeben oder Unterbringungs- und Behandlungskosten in Rechnung gestellt werden können. Dieses Verfahren soll die Stadt auch von den umliegenden Kommunen einfordern, damit anfallende Kosten gerecht verteilt werden können.
- Die Stadt soll einen Tierschutzplan entwerfen, damit sichergestellt ist, dass alle Verwaltungseinrichtungen den Tierschutz fördern und unterstützen. Der Tierschutzplan wird in Abstimmung mit den betroffenen Bereichen, z.B. dem Veterinäramt, der Feuerwehr und Tierärzten erstellt.
- Die Stadt erstellt Leitlinien, die den Bürger*innen im Umgang mit verletzten (Wild-) Tieren hilft. Häufig wird aus Tierliebe geholfen, aus Unwissenheit dabei jedoch Fehler begangen. Dabei muss auch der Bekanntheitsgrad der Wildtierstation in Wiltingen gesteigert werden, da dort wertvolle Arbeit geleistet wird. Die Stadt und umliegende Gemeinden müssen in interkommunaler Zusammenarbeit neben dem Tierheim auch die Wildtierstation mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten.
- Die Stadt muss -wie viele andere Städte auch- Veranstaltungen von Zirkusbetrieben, die Wildtiere mit sich führen, auf öffentlichen Flächen konsequent verbieten. Trier hat in den letzten Jahren Zirkusgastspiele erlebt, bei denen z.B. große Kamel- und Zebraherden, ein Nashorn und auch Tiger im Winter auf dem unbeheizten Asphalt des Messeparkgeländes untergebracht waren. Bei Ausbrüchen von großen wilden Tieren wurden in anderen Kommunen bereits Personen verletzt und getötet. Wir fordern ein Ende dieses unwürdigen und gefährlichen Spiels in Trier.
- Die Brut- und Nistzeiten müssen bei Mäh-, Baum- und Landschaftspflegearbeiten unbedingt beachtet werden, um natürliche Brutstätten und Futterplätze nicht zu zerstören. Auch andere Aspekte, die eine Verletzung oder gar Tötung von Tieren bedeuten könnten, sind zu vermeiden. Dadurch kann wieder mehr Leben in die Stadt Einzug erhalten und z. B. in Form von Schmetterlingen oder Singvögel das Leben der Bürger*innen bereichern. Die Stadtverwaltung soll durch ihre Öffentlichkeitsarbeit auch Private und Gewerbetreibende dazu anhalten, diese Ziele zu erreichen.
- Die Stadt soll einen Taubenschlag einrichten, wie es ihn in der Vergangenheit bereits gegeben hat. In diesem Rahmen unterstützt die Stadt ein Taubenmanagement durch Tierschützer*innen. So kann die Ausbreitung von Krankheiten und die ungewollte Besiedelung anderer Gebäude eingedämmt werden.

1.4 Klimaschutz und saubere Luft

Die durchschnittlichen Temperaturen steigen permanent an und die Folgen des Klimawandels sind vielerorts bereits in Form von Starkregen und Sturm oder langen Trockenperioden erkennbar. Die ökologischen und ökonomischen Schäden sind enorm. Auch in Trier kam es in jüngster Vergangenheit zu zahlreichen Überflutungsschäden durch Starkregenereignisse. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Jeder muss einen Teil dazu beitragen. Wir setzen uns dafür ein, dass

Klimaschutz ernst genommen und bei allen Aktivitäten der Verwaltung mitberücksichtigt wird. Dies gilt auch für die Reinhaltung der Luft im Stadtgebiet. Diese ist durch den viel zu hohen Anteil an motorisiertem Verkehr sowie alte Befeuerungsanlagen (z.B. Heizung, Kamin) stark belastet und verschmutzt.

Unsere Forderungen sind:

- Das von uns beantragte und beschlossene Klimaschutzkonzept soll zügig erstellt und ein*e Klimaschutzmanager*in eingestellt werden; das Tätigkeitsfeld umfasst die Durchführung von Maßnahmen sowie die Überwachung der Tätigkeiten der Verwaltung im Hinblick auf den Klimaschutz.
- Die Bäume auf öffentlichen Flächen, z.B. in Parks, sind bereits registriert und werden regelmäßig geprüft. Die Stadt muss jedoch ein Baumschutzkataster für alle Bäume im Siedlungsbereich einrichten, damit die Baumbestände konsequent überwacht und geschützt werden können. Wir fordern darüber hinaus eine Baumschutzsatzung. Für jeden entfernten Baum muss eine gleichwertige Nachpflanzung erfolgen.
- Die Stadt und die ihr zugehörigen Unternehmen sollen ihre Fahrzeugflotten auf klimafreundliche Antriebe umstellen. Bei Gebäuden muss nach Möglichkeit eine klimaneutrale Bauweise bzw. Sanierung umgesetzt werden. Aufgrund der schwachen Vorgaben der neuen Wärmeschutzverordnung (GEG) muss es Ziel der Stadt Trier sein, deren Vorgaben nicht nur einzuhalten, sondern im positiven Sinne zu übertreffen.
- Die Stadt soll möglichst viele Fassaden und Dächer öffentlicher Gebäude begrünen, sowie Plätze, Parkplätze und andere versiegelte Flächen. Sie soll auch mit privaten Gebäude- und Grundstückseigentümern zusammenarbeiten, um diese bei der Begrünung ihrer Fassaden, Dächer und (Vor-)Gärten zu beraten und zu unterstützen.
- Innerstädtische Wasserflächen und Brunnen mildern im Sommer das Stadtklima. Hierzu sollen im Innenstadtbereich geeignete Plätze ausgewiesen werden.
- Die Stadt soll die Messung von Luftschadstoffen auf wesentlich mehr Messpunkte erweitern und ein dichtes Netzwerk zur Überwachung der Luftqualität knüpfen. Sie soll diese Werte aktuell und übersichtlich auf ihrer Website und in der Rathauszeitung veröffentlichen. Zur Messung soll auch auf Technik und Wissen von Partnern wie den Hochschulen und den Stadtwerken zurückgegriffen werden. Aus den gewonnenen Daten soll dann ein Konzept zur Reduzierung der Schadstoffkonzentration entwickelt werden. Bei drohenden oder festgestellten Grenzwertüberschreitungen sollen Gegenmaßnahmen wie Fahrverbote ergriffen werden.
- Wir fordern die Stadt dazu auf, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit verstärkt über die Umweltbeeinträchtigungen durch das Abfeuern privaten Feuerwerks aufzuklären und die Bürger*innen zum Verzicht auf deren Einsatz zu bewegen. Als Alternativangebot kann ein zentrales städtisches Feuerwerk organisiert werden.

1.5 Energie

Eine Stadt wie Trier hat einen enormen Energiebedarf. Strom und Gas werden von den Stadtwerken geliefert. Wir haben beständig gefordert, dass die Energie umwelt- und klimafreundlich erzeugt wird. Hier haben wir schon Einiges erreicht. Den schrittweisen Umbau der Energieversorgung hin zur Klimaneutralität werden wir weiterhin konsequent fordern und überwachen. Die Energieversorgung muss dabei möglichst sauber und lokal erfolgen, erzielte Gewinne sollen in den weiteren Ausbau erneuerbarer Energiequellen fließen oder in anderer Form den Bürger*innen der Stadt zugutekommen.

Unsere konkreten Forderungen:

- Die Stadtwerke, insbesondere die Energiesparte, müssen wieder vollständig in städtischer Hand sein. Die Anteile anderer Energiekonzerne müssen rekommunalisiert werden.
- Der Anteil erneuerbarer Energien am produzierten Strom der Stadtwerke soll weiter erhöht werden, der Anteil fossiler Energien weiter konsequent zurückgefahren werden.
- Das von den Stadtwerken geplante Pumpspeicherkraftwerk bei Mehring zur Zwischenspeicherung überschüssiger Energie aus erneuerbaren Quellen muss alsbald realisiert werden. Wir werden uns für die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen einsetzen. Hier müssen Stadt und Stadtwerke konsequent die Unterstützung des Landes und des Bundes einfordern.
- Die Stadtwerke sollen den Anteil an Energieautarkie für die Stadt und die Region nachhaltig erhöhen, wie es am Beispiel des Hauptklärwerks schon erfolgreich durchgeführt wurde. Das vorgenannte Pumpspeicherkraftwerk ist hierfür ein wichtiger Baustein.
- Holz ist ein nachhaltiger Rohstoff. Daher soll es im Rahmen einer zukunftsorientierten Forstwirtschaft Material für ökologisches Bauen und energetische Nutzung sein. Dabei ist aber der Einklang mit der Natur, dem Tier- und Artenschutz zu bewahren.
- Der von den Stadtwerken erzeugte regenerative Strom muss auch zum Betrieb ihrer Fahrzeugflotte genutzt werden. So kann diese schrittweise umwelt- und klimaschonend ausgerichtet werden. Es muss auch in der Stadt die Möglichkeit geben, den lokal und ökologisch erzeugten Strom für E-Mobilität zu nutzen. Entsprechende Ladesäulen bzw. -anschlüsse sollen durch die Stadtwerke bereitgestellt werden, auch um die Abhängigkeit von Öllieferungen zu verringern.
- Die städtische Fahrzeugflotte soll ebenfalls umwelt- und klimaschonend ausgerichtet werden. Die Fahrzeuge sollen dabei möglichst mit lokal und ökologisch erzeugtem Strom betrieben werden.
- Die Energieversorgung der öffentlichen Gebäude und Fahrzeuge soll schrittweise von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Die Energieversorgung der öffentlichen Gebäude und Fahrzeuge soll schrittweise von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien umgestellt, sowie der Energieverbrauch reduziert werden. Hierzu fordern wir insbesondere für größere Gebäudekomplexe und Liegenschaften die Erarbeitung von Energiekonzepten. Ziel sind wirtschaftliche Sanierungs- und Ertüchtigungsmaßnahmen, die unter Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten langfristig zu Energie- und Kosteneinsparungen führen.

- Dem Beispiel der Stadt Tübingen folgend wollen wir eine Solarpflicht für alle Neubauten in Trier einführen. Die Stadt soll in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken die Nutzung der vielen günstig zur Sonne ausgerichteten Dächer in der Stadt unterstützen. Hierbei sollen sowohl die elektrische Stromerzeugung, als auch die Erzeugung von Warmwasser berücksichtigt werden.
- Die Lichtverschmutzung muss mehr in das Bewusstsein und verantwortliche Handeln der Verwaltung rücken. Die nächtliche Dauerbeleuchtung verbraucht nicht nur unnötige Energie, sie führt auch zu Schlafstörungen und massivem Insektensterben. Durch den aufgehellten Himmel ist auch die Schönheit der Sterne heutzutage nur noch eingeschränkt sichtbar. Wir setzen uns dafür ein, die nächtliche Beleuchtung deutlich zu reduzieren. Um den Bedürfnissen von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen Rechnung zu tragen, aber auch um die öffentliche Sicherheit nicht einzuschränken, sollen für Wegbeleuchtungen alternative Konzepte wie Bewegungsmelder geprüft werden, die in einzelnen Pilotprojekten in anderen Kommunen bereits zum Einsatz kommen. Zur Reduzierung der Lichtverschmutzung soll auch gezielt auf Geschäftsinhaber*innen und Immobilienbesitzer*innen zugegangen werden, um durch gemeinsame Gespräche eine reduzierte Beleuchtung zu Nachtzeiten einzuführen. Die Stadt soll dabei beraten, alternative Beleuchtungskonzepte umzusetzen.

1.6 Gewässerschutz

Die Gewässer leiden weltweit zunehmend unter Verschmutzung. Eingeleitete Schadstoffe, Chemikalien oder Medikamentenrückstände können meist kaum gefiltert werden und landen so wieder im Trinkwasser. Die weltweite Vermüllung führt zu Mikroplastik im Wasser, das am Ende über die Nahrung bis in den Menschen gelangt. Für uns ist der Schutz der Gewässer als lebensnotwendige Ressource und Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten enorm wichtig. Wir setzen uns daher vor Ort für den Schutz aller Gewässer ein.

Unsere Forderungen lauten daher:

- Bäche und andere Gewässer sollen stärker renaturiert werden. Zwar sind in der Vergangenheit schon einige Bachprojekte, mit enormer finanzieller Unterstützung des Landesumweltministeriums, umgesetzt worden. Es gibt jedoch noch einige Bäche, die vollständig überbaut oder deren Lauf und Randbereich zubetoniert ist. Bäche bieten einen wichtigen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten und sind wichtig für Naherholung und Naturerleben. Sie dienen außerdem der natürlichen Klimatisierung der Stadt, verbessern damit die Luftqualität und fördern die Grundwasserbildung. Sie müssen daher konsequenter als bisher renaturiert und geschützt werden.
- Die Ausbringung schädlicher Substanzen und Chemikalien (z.B. Insektizide und Pestizide) muss verhindert werden. Hierzu soll auch ein Ende der bisherigen Praxis beitragen, welche die Ausbringung des Klärschlammes auf Feldern in der Umgebung vorsieht. Stattdessen streben wir eine energetische Nutzung des Klärschlammes an.
- Das Hauptklärwerk soll ausgebaut werden (Klärstufe 4), damit beispielsweise Hormone und Mikroplastik herausgefiltert werden können. Dadurch wird eine Verbreitung verhindert und die Einleitung in die Mosel kann problemlos stattfinden.

- Die Mosel stellt sowohl einen Naherholungsort, als auch ein förderungswürdiges Biotop dar. Sie soll nicht nur für den Menschen, sondern auch für ihre natürliche Flora und Fauna angemessen umgebaut werden. Die Stadt soll sich mit anderen Kommunen für einen überregionalen Schutz der Mosel einsetzen. Mit der Moselkommission steht hierfür bereits ein überregionales Gremium als institutionelle Basis zur Verfügung. So können Verschmutzungen am gesamten Flusslauf vermieden und dieser in seiner gesamten Länge als Lebensraum für Tiere und Pflanzen aufgewertet werden.
- Die Gebühren für die Regenentwässerung von Grundstücken müssen so gestaltet werden, dass die Entsiegelung von Flächen für die Grundstückseigentümer*innen wirtschaftlich lohnend ist. Wir wollen so erreichen, dass mehr Flächen entsiegelt werden und dadurch das Niederschlagswasser in natürliche, lokale Kreisläufe eingebunden wird.

1.7 Müll

Beim Müll handelt es sich nicht bloß um Abfall, sondern um einen Wertstoff. „Vermeiden, Verwerten, Recyceln“, so lautet unsere Prioritätenliste. Wir unterstützen alle Maßnahmen auf kommunaler Ebene, die zur Abfallvermeidung beitragen. Dabei sind die Möglichkeiten für jeden Einzelnen mannigfaltig: vom Einkauf im Unverpackt-Laden über die Inanspruchnahme eines „Repair-Cafés“, bis hin zum kleinen Aufkleber am Briefkasten, dass der Einwurf von Werbematerialien nicht erwünscht ist. Darüber hinaus bietet Trier für alle Bürger*innen die Möglichkeit, dass ihr Abfall stofflich verwertet wird. (Papier, gelber Sack, Gartenabfall, Wertstoffhof).

Unsere konkreten Forderungen:

- Wir unterstützen die von der Stadt beschlossene Initiative, ein lokales Pfand-System für „Coffee-to-go“-Becher und ähnliche Produkte zu entwickeln und gemeinsam mit den Trierer Unternehmen umzusetzen.
- Sollten freiwillige Maßnahmen nicht zur Eindämmung der Verpackungsflut („Coffee-to-go“-Becher, Fast-Food-Verpackungen, Pizzakartons, etc.) führen, sind wir auch bereit, über eine kommunale Verpackungssteuer nachzudenken.
- Bisher wird ein Großteil unseres Abfalls getrocknet und verbrannt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anlage in Mertesdorf durch technische Modernisierung befähigt wird, zukünftig zahlreiche Wertstoffe aus dem Abfall herausziehen um sie der Verwertung und Recycling zuzuführen.
- Wir wollen aktiv den Zusammenschluss der A.R.T. Stadt Trier und Kreis Trier-Saarburg mit den Kreisen Bitburg/Prüm, Bernkastel/Wittlich und Vulkaneifel zu einem großen Abfallwirtschaftsbetrieb unterstützen. Nur so kann die A.R.T. als öffentlicher Betrieb, politisch verbunden mit der Stadt und den Kreisen, gegen die aggressiv auf den Markt drängenden, privaten Entsorgungsbetriebe bestehen.

2 Mobilität

Die Freiheit, sich zu bewegen, ist ein hohes Gut. Die Trierer GRÜNEN setzen sich von Anfang an für eine Gleichberechtigung aller und den besonderen Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen ein. Moderne Fortbewegung braucht vielseitige Fortbewegungsarten, d.h. eine intelligente, ressourcenschonende Verknüpfung der Transportmittel. Um die Chancen eines facettenreichen Verkehrs voll ausschöpfen zu können, bedarf es Mut und Weitsicht. Wir wollen, dass die knappen finanziellen Mittel der Stadt Trier im Mobilitätsbereich vermehrt zugunsten der Fußgänger*innen, des Radverkehrs sowie des ÖPNV umgeschichtet werden, statt sie in den Neubau von Straßen zu stecken. Die bestehende Infrastruktur muss zuallererst saniert und einer weiteren Verschlechterung des Straßenzustands durch eine Reduktion des LKW- und Autoverkehrs vorgebeugt werden. Wir wollen den Modalsplit zugunsten des Umweltverbundes weiter ausbauen, also die Anteile, die Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr einnehmen,. Die Ziele, die bisher im Mobilitätskonzept 2025 der Stadt Trier festgeschrieben wurden, sind uns nicht ambitioniert genug, sie bleiben hinter bereits Erreichtem in vergleichbaren Städten zurück.

2.1 Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen

Besonders schwächere Verkehrsteilnehmer*innen laufen Gefahr, im wahrsten Sinne des Wortes unter die Räder zu kommen. Tempo-30-Zonen senken nicht nur den Lärmpegel, sie sorgen auch für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, da sie vor allem schwere Schäden für Unfallopfer vermeiden helfen. 2017 haben wir durch einen Antrag der GRÜNEN Stadtratsfraktion bereits erreicht, dass rund um die Schulen Auguste-Viktoria-Gymnasium, Max-Planck-Gymnasium und Grundschule am Dom der nordöstliche Teil des inneren Alleenbereichs als Tempo-30-Zone ausgewiesen wurde und der Stadtrat beschlossen hat, den Konstantinplatz und die Konstantinstraße zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich (Tempo 20) umzuwandeln sowie in der Weberbach ein Streckentempolimit von 30 km/h einzuführen.

Hieran wollen wir anknüpfen und fordern daher:

- Im gesamten Innenbereich des Alleenrings soll die Geschwindigkeit auf 30 km/h beschränkt werden, in den Stadtteilen sollen konsequent weitere Tempo-30-Zonen ausgewiesen werden, insbesondere aber auf Straßen vor Kindertagesstätten, Schulen, Seniorenwohnstätten und Einrichtungen von Menschen mit Beeinträchtigungen sowie grundsätzlich in allen reinen Wohnvierteln. In Einzelfällen soll die Ausweisung von verkehrsberuhigten Bereichen geprüft werden.
- Die Beleuchtung von Fuß- und Radwegen ist zu verbessern, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und Angsträume abzubauen. Dies gilt vor allem dort, wo Fußgänger*innen und Radfahrer*innen eigene Wege und Achsen nutzen, die nicht entlang von Autostraßen

verlaufen. Hierzu zählen z.B. der Moselradweg auf beiden Seiten, der Palastgarten, sowie die Verbindung von Olewig durch die Schrebergärten über die Hospitalsmühle bis zum Südbahnhof.

- Fußgänger-Querungshilfen (Zebrastreifen) sollen erhalten und -wo nötig- ergänzt werden. Bereits 2017 konnten wir durch unsere „www.muss-der-weg.de“-Aktion die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die drohende massive Entfernung von Zebrastreifen richten und den Druck auf die Verwaltung aufbauen, nach Lösungen zu suchen. Diese wurden dann gefunden und Mittel zur Aufwertung der Mehrzahl der vorhandenen Querungshilfen durch Beleuchtung und bessere Beschilderung eingestellt. Diese Verbesserungsmaßnahmen der Verkehrssicherheit werden derzeit bereits umgesetzt.
- Die Ampelschaltungen dürfen nicht nur so programmiert sein, dass sie ausschließlich den motorisierten Individualverkehr und den ÖPNV im Fokus haben, sondern müssen verstärkt auch die Bedürfnisse von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen berücksichtigen. Wir fordern längere und häufigere Grünphasen für Fußgänger*innen sowie die verbesserte Möglichkeit, größere Kreuzungen in einem Zug überqueren zu können. Insbesondere im Nahbereich der Fußgängerzone sollen Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gegenüber Autofahrenden bevorteilt werden.
- Unsichere Situationen entstehen auch dadurch, dass der Straßenraum in vielen Bereichen ein wahres Schildermeer beherbergt. Abhilfe schaffen kann hier eine systematische Erfassung der vorhandenen Schilder in einem datenbankgestützten Kataster. Auf dessen Grundlage sind dann die vorhandenen straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen zu hinterfragen und auf ein Minimum zu reduzieren. Ausweisungen von Tempo-30-Zonen (z.B. im kompletten Maarviertel) würden die Anzahl der Schilder deutlich reduzieren und die Transparenz für alle Verkehrsteilnehmer*innen deutlich erhöhen.
- Noch immer parken zu viele Autofahrer*innen falsch und gefährden damit andere Verkehrsteilnehmer*innen. Wenngleich die Kontrolle des ruhenden Verkehrs bisher finanziell defizitär ist, wollen wir eine Erhöhung des Personalschlüssels. Zu prüfen sind Maßnahmen zur Defizitsenkung. Gefährlich falsch parkende Fahrzeuge (z.B. auf Feuerwehrzufahrten und Fahrradwegen) sind unverzüglich zu entfernen. Die Stadtverwaltung soll ihr Personal aufstocken und ihren Fuhrpark erweitern, um diese Gefahren selbst zu jeder Zeit entfernen zu können.

2.2 Mit dem ÖPNV zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen und in die Freizeit

Um den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiv zu machen, muss das ÖPNV-Netz weiter optimiert werden. In den letzten Jahren wurden auf einzelnen Trassenabschnitten Takte verdichtet, und die Stadtwerke Trier haben einzelne Linienvläufe als Testphase verändert. Busbeschleunigung in Form von Bevorrechtigung an Lichtsignalanlagen besteht im Stadtgebiet weitestgehend; Umweltpuren, die die Busse noch mehr beschleunigen würden, sind weitgehend fehlend. Doch gerade die Sichtbarkeit der Vorzüge des ÖPNV ist ein wichtiges Instrument, um noch mehr Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Trier hat das Potenzial im ÖPNV noch lange nicht ausgeschöpft. Auch angesichts einer älter werdenden Gesellschaft können wir es uns nicht leisten, den ÖPNV stiefmütterlich zu behandeln.

Wir fordern daher:

- Die Taktung muss weiter erhöht, die Service-Zeiten in den Randbereichen am späten Abend ausgedehnt werden. Auch früh morgens und am Wochenende sollen die Busse fahren, wovon insbesondere Schichtarbeitende profitieren sollen. Eine optimale Abstimmung der Verkehrsträger und deren Takte aufeinander bleibt eine Daueraufgabe, in die wir uns aufmerksam einbringen werden.
- Um die Schnelligkeit des ÖPNV und damit seine Attraktivität zu steigern, brauchen wir deutlich mehr Busspuren in der Stadt. Der Alleenring braucht insbesondere im Bereich zwischen Rathaus und Kaiserthermen eine Umweltspur, die ausschließlich von Bussen und Radfahrer*innen genutzt wird. In anderen Abschnitten des Alleenrings könnten Umweltspuren ebenfalls notwendig werden, wenn die Linienführungen der Busse entsprechend verändert werden. Solange der Alleenring nicht über eine komplett geschlossene Umweltspur verfügt, ist für den Radverkehr im Alleenring eine sog. „protected bike lane“ einzurichten, d.h. eine gegenüber dem Autoverkehr durch bauliche Barrieren (Poller, Blumenkübel, Betonelemente o.Ä.) gesicherte, etwa zwei Meter breite eigene Fahrspur für den Radverkehr. Insbesondere im Bereich der Ostallee ergäbe sich dadurch endlich eine sichere Radverbindung von Heiligkreuz/Olewig bis zum Hauptbahnhof.
- Die begonnene Elektrifizierung der Busse der Stadtwerke Trier wollen wir verstärkt fortsetzen. Trier stellt sich damit als innovative Stadt auf und es können lokale Abgase und Lärmemissionen vermieden werden. Das Image des ÖPNVs wird damit weiter steigen. Bei Neuanschaffungen von Bussen muss ihre ausreichende Eignung für den Fahrradtransport sowie die Möglichkeit der intensiven barrierefreien Nutzung berücksichtigt werden.
- Der Fokus der Mobilitätswende ist auf den Berufs-, Schüler*innen- und Einkaufsverkehr zu richten. Hier sind das stärkste Potenzial und die größte Bereitschaft für einen Umstieg auf den ÖPNV zu finden. Linienführung und Taktungen sind noch stärker an die Bedürfnisse des Berufsverkehrs und der Schüler*innen anzupassen. Vor allem für die große Zahl der Berufspendler*innen sind kommunale und überregionale Angebote zu schaffen sowie bestehende Angebote zu optimieren.
- Mit dem Bau der Haltepunkte an der Westtrasse wird ein wichtiger Schritt für die Mobilitätswende gemacht. Bei der Umfeldgestaltung der Haltepunkte sind die Stadt Trier und die Stadtwerke gefordert. Wir brauchen eine gute Erreichbarkeit für Radfahrer*innen und sichere und trockene Radparkplätze. Die neue Schienenverbindung muss optimal mit den Buslinien abgestimmt werden. Durch die Ausweisung von Anwohnerparkplätzen soll verhindert werden, dass bestehende Parkplätze von Autofahrern zugesperrt werden, die die Bahn nutzen möchten.
- In den kommenden Jahren ist mit der Wiederbelebung des Personenverkehrs auf der Westtrasse zu rechnen. Wir erwarten eine deutliche Verlagerung der Verkehrsströme und eine Steigerung der Nutzung des Bahnverkehrs. Der südliche Teil der Fußgängerzone der Innenstadt sowie Theater und Rathaus werden künftig über den neuen Bahnhofshaltepunkt an der Römerbrücke schneller erreichbar sein als vom Hauptbahnhof aus. Die Besucher*innenströme werden über die Römerbrücke und das Karl-Marx-Viertel in die Innenstadt laufen. Umso wichtiger ist es, diesen Bereich der Innenstadt auch für die Nutzung zu Fuß oder per Rad zu optimieren.

- Bislang haben wir bereits erreicht, dass die Römerbrücke demnächst von drei auf zwei Autospuren zurückgebaut, der Radverkehr wieder auf der Straße verlaufen und die Gehwege auf beiden Seiten wieder den Fußgänger*innen zur Verfügung stehen werden. Unser Ziel ist es, die Römerbrücke komplett vom Autoverkehr zu befreien. Die Karl-Marx-Straße und die Brückenstraße gilt es in verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche umzuwandeln, um diese Straßenzüge für Fußgänger*innen und Radfahrende attraktiver zu machen. Die Neustraße soll nach Lösung der Problematik des durch den Club Aktiv ausgelösten Verkehrs komplett in die innerstädtische Fußgängerzone integriert werden.
- Darüber hinaus brauchen wir eine zügige Realisierung der gesamten Regionalbahn. Konz, Schweich und Wittlich wollen wir über ein S-Bahn-ähnliches Angebot besser an Trier anbinden. Nach Westen soll dies über Igel bis Wasserbillig fortgeführt werden, sodass gerade Luxemburg-Pendler sowie Einkäufer aus Luxemburg künftig ihre Wege primär mit der Bahn zurücklegen. Wir haben bereits erreicht, dass der Haltepunkt Nord (in Höhe des neuen Energie- und Technikparks auf dem ehemaligen Ehm-Gelände) im Zehn-Jahresplan der wichtigen Verkehrsprojekte aufgenommen ist und entsprechende Fördermittel zur Umsetzung jetzt in Mainz beantragt werden können. Der Bau weiterer Haltepunkte auf der Haupttrasse ist zwingend erforderlich, insbesondere die Haltepunkte Kaiserthermen und Aulbrücke müssen zügig einer verbindlichen Planung unterzogen und sodann realisiert werden. Außerdem ist die optimale Einbindung der Eifelstrecke in das Regionalbahnkonzept notwendig.
- Wir stehen hinter dem Verkehrsverbund Region Trier, da wir uns der Bedeutung von Trier als Oberzentrum in einer ansonsten ländlich geprägten Region bewusst sind und uns der Verantwortung stellen. Dennoch gilt es, den VRT zu reformieren, um Trier mehr Gehör zu verschaffen. Wir fordern die Aufhebung innerstädtischer Zonen-Unterteilungen, so dass das Tarifsysteem dadurch deutlich einfacher zu verstehen wird. Der heutige Preis der einfachen Fahrt innerhalb einer Zone soll künftig für alle innerstädtischen Fahrten gelten.
- Neben dem kostenlosen ÖPNV für Schüler*innen und Auszubildende fordern wir eine Solidarkarte für finanziell Benachteiligte. Für Vielfahrer*innen fordern wir das 365 Euro-Jahresticket. Perspektivisch wollen wir den kostenlosen ÖPNV für alle erreichen.
- Bei der Autobahn 602 werden wir uns auf Bundesebene für die Reduzierung des Tempolimits von 100 auf 80 km/h einsetzen, um den CO₂-Ausstoß zu verringern, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Lärmschutz zu verbessern.

2.3 Lärmfrei leben durch weniger Verkehr

Der immer stärker zunehmende Autoverkehr schafft nicht nur Probleme für die Verkehrsteilnehmer und immer höhere Ausgaben in der Erhaltung der Straßeninfrastruktur, sondern belastet durch den zunehmenden Verkehrslärm auch immer stärker die Anwohner*innen. Um die Lärmbelastungen durch den Verkehr zu reduzieren, brauchen wir leisere Verkehre. Wir brauchen mehr Raum für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, Bus und Bahn.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Die Lärmbelastungen an den Hauptverkehrsadern des Autoverkehrs (z.B. Moseluferstraßen, Saarstraße, Paulinstraße, Domänenstraße und Avelsbacherstraße in Kürenz, Olewiger Straße, Luxemburger Straße), sind mittlerweile über jedes erträgliche Maß hinaus angewachsen. Hier sind alle Möglichkeiten der Lärmreduktion anzuwenden.
- Die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung gilt es - neben den Unfallschwerpunkten und vor Kitas, Schulen und Senior*inneneinrichtungen- auf die Bereiche starker Lärmbelastung auszuweiten.
- Bei der Sanierung von Straßen sind lärmreduzierende Materialien zu verwenden.
- Wir setzen uns außerdem für konsequenten Lärmschutz im Bereich von Bahntrassen in Wohngebieten ein. Die ökologisch und verkehrstechnisch notwendige Verlagerung von Personen- und Gütertransport auf die Schiene darf nicht zu Lasten von Anwohner*innen gehen. Diese sind durch angemessene Lärmschutzmaßnahmen zu schützen.

2.4 Radverkehr

Dem Radverkehr kommt eine entscheidende Aufgabe bei der Mobilitätswende zu, da die meisten zurückgelegten Strecken innerhalb der Stadt nur wenige Kilometer betragen. Um den Radverkehr seinem Potenzial entsprechend zu entwickeln, müssen wir es schaffen, die Lust auf das Radfahren bei den Bürger*innen zu stärken und sie zu motivieren, mehr mit dem Rad zu fahren. Vielfach ist es nur eine reine Einstellungssache und die Macht der Gewohnheit, die Menschen davon abhält, mehr mit dem Rad zu fahren.

Dieses Ziel wollen wir auf vielschichtige Art und Weise erreichen. Zum einen brauchen wir Kommunikationsmaßnahmen und Aktionen, die diejenigen, die bisher wenig bis gar kein Rad fahren, ans Radfahren heranzuführen. Wir unterstützen die Stadt bei Aktionen wie Stadtradeln oder Sternfahrten Trierer Schulen.

Darüber hinaus brauchen wir eine flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur. Wir haben bereits erreicht, dass der Stadtrat ein Radverkehrskonzept erarbeitet und 2016 im Stadtrat beschlossen hat. Dieses trägt unsere GRÜNE Handschrift. Maßnahmen aus diesem Konzept werden seither konsequent umgesetzt. Dazu zählt z.B. die Einstellung eines/r Radverkehrsbeauftragte*n bei der Stadtverwaltung. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass der städtische Arbeitskreis Radverkehr wiederbelebt wurde und nun vier Mal pro Jahr tagt. Mit Fahrrad-Piktogrammen in der Weberbach und der Paulinstraße wurde ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt gestartet, die Autofahrer für Radfahrer auf wichtigen Verkehrsachsen zu sensibilisieren. Ende 2018 wurden in Trier das erste Fahrradparkhaus am Bahnhof sowie die erste Fahrradstraße (Eberhardstraße, Zellstraße, Krausstraße bis Hohenzollernstraße in Trier Süd) eingeweiht. Weitere Fahrradstraßen (z.B. Engelstraße in Trier-Nord) sowie ein ausgeschilderter Innenstadtring sind fest geplant. Als wegweisendste Maßnahme ist es uns Ende 2018 gelungen, im Stadtrat einen 10-Jahresplan für Investitionsmaßnahmen in Fuß-, Rad und ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen beschließen zu lassen. An der konsequenten Umsetzung der sieben Punkte dieses Radverkehrskonzeptes wie auch der anderen im Radverkehrskonzept beschlossenen Maßnahmen wollen wir in der kommenden Wahlperiode weiterarbeiten.

Darüber hinaus wollen wir Folgendes erreichen:

- Wir fordern in den kommenden fünf Jahren die Einführung mehrerer „Protected Bike Lanes“, wie sie derzeit in mehreren deutschen Städten angelegt werden.
- Radwege sind nach Möglichkeit als Radspuren auf der Fahrbahn zu führen. Wenn bauliche Radwege erforderlich sind, sind diese mit „Nullabsenkungen“ (also ohne Kanten bei den Bordsteinen) zu errichten.
- Wir fordern eine zeitgemäße Farbgebung für Radwege. Die bislang übliche Farbgebung in roter Farbe entspricht nicht mehr den internationalen Standards. Stattdessen soll sie in ein modernes verkehrsgrün für Wege und rot in Kreuzungsbereichen umgewandelt werden. So wird die Aufmerksamkeit in Gefahrenzonen erhöht, das Gefahrenpotenzial verringert und dem Zuparken durch motorisierte Fahrzeuge vorgebeugt.
- Der motorisierte Eltern-Taxi-Verkehr stellt an allen Trierer Schulen ein Problem dar. Dabei verfügt Trier gerade im Primarbereich über sehr wohnortnahe Schulstandorte. Die Bedeutung von selbständig zurückgelegten Schulwegen für die Entwicklung der Kinder und den guten Start in den Schultag ist hinreichend wissenschaftlich belegt. Wir setzen uns daher dafür ein, dass an den Schulen vermehrt Schulwegepläne eingeführt werden; bei deren Entwicklung wirken die Kinder mit, das Thema Schulweg wird stärker in das Schulschehen eingebunden. Damit es wieder eine Selbstverständlichkeit werden kann, mit dem Rad zur Schule zu fahren, müssen Kinder schon früher als heute an das Radfahren herangeführt werden. Der Radführerschein im Rahmen der Verkehrserziehung in der vierten Klasse ist ein zu später Einstieg in das Fortbewegungsmittel Fahrrad. Wir möchten daher Projekte initiieren, bei denen Eltern mit Schulanfänger*innen die Schulwege per Rad zunächst gemeinsam zurücklegen; in den höheren Klassen können die Kinder dann auch alleine zur Schule radeln. Auch eine Steigerung der sicheren Rad-Abstellmöglichkeiten auf den städtischen Schulhöfen ist eine wichtige Voraussetzung.
- Neben dem Lückenschluss der bestehenden Radwege zu einem durchgängigen Netz benötigen wir Radschnellwege. Die bestehenden Radwege an der Mosel müssen so ausgebaut werden, dass sie nicht nur den touristischen, sondern vor allem den alltäglichen Belangen des Rad- und Fußverkehrs gewachsen sind. Das heißt, sie müssen breiter und mit störungsfreiem Belag ausgestattet werden, um die Unfallgefahr zu senken. Die Moselradwege müssen rechts der Mosel bis Konz, und links der Mosel bis Trier-Ehrang, massiv ausgebaut werden. Wo möglich, sollen den Spazierenden und Joggern alternative ungeeulte Wege in Ufernähe angeboten werden. Innerhalb der Stadt müssen die Radachsen über Trier-Olewig und das Avelertal ausgebaut werden. Für den Innenstadtbereich ist die Umweltpur im Alleenring unumgänglich.
- Die Anbindung von Schweich, Trier-Quint und Trier-Ehrang an Trier-Pfalzel und die Innenstadt soll durch die Realisierung einer die Hafenumündung querenden Fuß- und Radfahrerbrücke am Trierer Hafen deutlich attraktiver und sicherer gestaltet werden. Diese wirkt sich auch positiv auf Trier als wichtigem Etappenort auf dem Moselradweg zwischen Obermosel und Koblenz aus und steigert die touristische Attraktivität der Stadt. Wir haben bereits erreicht, dass diese Hafenumündung 2018 vom Stadtrat in den 10-Jahresplan Fuß-, Rad- und ÖPNV-Investitionsmaßnahmen aufgenommen wurde. Nun gilt es, in der kommenden Wahlperiode die Realisierung zu voranzutreiben.

- Die Stadt Trier braucht ein Leihradsystem, bei dessen Finanzierung die Arbeitgeber eingebunden werden sollen. Auch Lastenräder müssen in unserer Stadt per Ausleihsystem verfügbar sein. Das Leihradsystem soll zuerst in den Talstadtteilen Triers realisiert werden. Für eine weitere Ausdehnung auf die Höhenstadtteile sollen e-bikes in Betracht gezogen werden.
- Am Radparkhaus am Hauptbahnhof soll eine Servicestation für Radreparaturen eingerichtet werden.
- Die Anschaffung von Lastenfahrrädern soll von der Stadt Trier für Privatpersonen, Unternehmen, Selbstständige und Vereine mit 30% der Anschaffungskosten bezuschusst werden, maximal mit 500 € bei Lastenfahrrädern ohne Elektroantrieb, maximal mit 1.000 € bei solchen mit Elektroantrieb.
- Die Topographie Triers mit der Innenstadt und den Stadtteilen in der Tallage einerseits und den Höhenstadtteilen andererseits, bietet die Möglichkeit, die Elektrifizierung des Radverkehrs als Chance zu begreifen. Elektrofahrräder bis 25 km/h (Pedelects) und die noch schnelleren S-Pedelects lassen Anstiege mühelos bewältigen, verkürzen die Reisezeiten und vergrößern somit die Entfernungen, die es für Bürger attraktiver macht, ihre Wege mit dem Rad zurück zu legen, statt das Auto zu nutzen. Die Verbindung von Pedelects und dem ÖPNV kann zu einer Erfolgsgeschichte werden. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass die Fahrgastzahlen im ÖPNV steigen, nachdem die örtlichen Stadtwerke Pedelects als Zubringer zur Verfügung gestellt und Schnellbuslinien eingeführt haben.
- Wir unterstützen sowohl die Verwaltung als auch die Verkehrsbetriebe dabei, innovative Ideen umzusetzen. Wir fordern die Verwaltung auf, gezielt nach Förderprogrammen für Pilotprojekte innovativer Mobilitätslösungen zu suchen und diese zu beantragen.
- Wir fordern, das Angebot an Park- und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder auch und insbesondere in den Wohngebieten und an Schulen deutlich zu erhöhen, um den Radverkehr attraktiver zu gestalten.

2.5 Weniger Autos – mehr Platz für alle

Durch eine verbesserte Angebotsstruktur an alternativen Verkehrsmitteln (Rad, ÖPNV, Fußverkehr) wollen wir erreichen, dass unsere Stadt attraktiver und lebenswerter wird. Die Angebote müssen so gut werden, dass Haushalte ihren Zweitwagen abschaffen oder gleich ganz auf den Besitz eines eigenen Autos verzichten und stattdessen - wenn ein Auto benötigt wird - Car-Sharing-Angebote nutzen. In unserer historischen Stadt ist der potentiell verfügbare Raum für die Mobilität durch die vorhandene Bebauung begrenzt und kann und soll gegenüber dem heutigen Zustand nicht verbreitert werden. Den vorhandenen Verkehrsraum wollen wir gerechter verteilen und denken bei der Raumaufteilung von den Schwächeren aus: Wege für Fußgänger*innen müssen sicher und barrierefrei sein; der verbleibende Platz teilt sich dann in Radschutzstreifen, Umweltpuren und Fahrbahnen. In diese Überlegungen muss auch der Platzbedarf für den ruhenden Verkehr (Parkplätze) einbezogen und neu gedacht werden, um die Aufenthaltsqualität in unsere Straßen zu verbessern. Weniger Autos auf Triers Straßen helfen auch denjenigen, die auf das Auto angewiesen sind, da durch weniger Autos die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Straßeninfrastruktur wiederhergestellt und Staus vermieden werden.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Wir Trierer GRÜNEN kämpfen weiter zusammen mit der Zivilgesellschaft für eine ökologische Verkehrswende und gegen Verkehrsprojekte wie den Moselaufstieg. Der Moselaufstieg wurde gegen den Willen der vorigen Landesregierung und entgegen aller ökologischen Vernunft in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Der Moselaufstieg ist eine ökologische Katastrophe für die Region Trier. Er zerstört ein wertvolles Wald- und Naherholungsgebiet und wird das Verkehrsaufkommen im Moseltal erhöhen, wodurch die Eindämmung von Klimafolgen in der Region zusätzlich erschwert wird. Anstatt umweltfreundliche Alternativen wie den Schienenverkehr zu fördern, setzt diese Politik auf die Förderung des Individualverkehrs und Gütertransport auf der Straße.
- Wir wollen weniger Auto-Parkplätze und mehr Platz für Bäume, grüne Vorgärten, und Straßencafés.
- Die Plätze der Stadt müssen den Bürger*innen wieder als Ruhe- und Lebensraum zurückgegeben werden. Beginnen wollen wir mit dem Augustinerhof, der von PKW-Parkplätzen befreit werden soll. Doch auch Plätze außerhalb der Innenstadt müssen entsiegelt und begrünt werden (z.B. Kloschinskystraße (Nord) und Leoplatz (Süd), Gartenfeldplatz (Mitte, Ecke Gartenfeldstraße, Sachsenstraße, Helenenstraße), Platz vor der Sparkasse in der Domänenstraße (Kürenz).
- Die Mitarbeiter*innen der Stadt und die Nutzer*innen des städtischen Fuhrparks sollen verstärkt dazu angehalten werden, die vorhandenen Fahrräder, Lastenräder und e-Bikes zu nutzen. Deren vorhandenes Angebot soll weiter ergänzt werden.

2.6 Car-Sharing

Car-Sharing fristet in Trier ein unterbelichtetes Dasein. Das wollen wir ändern. Car-Sharing hat das Potenzial, den für das Abstellen der PKWs benötigten Straßenraum enorm zu reduzieren. Ein Car-Sharing-Parkplatz ersetzt bis zu 10 Autostellplätze.

Wir fordern daher:

- Die Stadt soll ein „Free-Floating-Carsharing-System“ in Trier fördern, das Ausleihe und Rückgabe von Leihwagen möglich macht, ohne an feste Stationen gebunden zu sein.
- Für die Car-Sharing-Autos sollen mehr Stellplätze an strategisch wichtigen Stellen in den verschiedenen Stadtteilzentren reserviert werden.

2.7 Clevere und effiziente Verkehrslenkung

Die Parkraumbewirtschaftung wollen wir konsequent als Instrument der Verkehrslenkung fortentwickeln: den Parksuchverkehr wollen wir weiter reduzieren.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Die öffentlichen Straßen und Flächen sollen konsequent einer Parkraumbewirtschaftung zu unterzogen werden - auch außerhalb des Alleenrings, z.B. in der Kürenzer Straße am Bahnhof oder in der Max-Planck-Straße auf dem Petrisberg. Gleichzeitig soll durch eine entsprechende Struktur der Parkgebühren die Wettbewerbsfähigkeit des ÖPNVs weiter

gesteigert werden, statt den motorisierten Individualverkehr durch kostenfreie Parkplätze zu subventionieren.

- Unsere Innenstadt mit dem dortigen stationären Einzelhandel in all seiner Vielfalt wollen wir stärken, indem wir die Erreichbarkeit der Innenstadt verbessern. Neben einer Verbesserung des ÖPNV-Angebots brauchen wir dazu ein Park&Ride-Angebot über die Vorweihnachtszeit hinaus und wollen uns mit den Akteuren wie City-Initiative, den SWT und regionalen Busunternehmen zu konstruktiven Gesprächen an einen Tisch setzen, um clevere Lösungen zu erarbeiten.

2.8 Ausbau der Elektro-Ladesäulen und Schaffung einer Wasserstoff-Tankstelle

Die zunehmende Elektrifizierung des Autoverkehrs begrüßen wir insofern, als dadurch lokale Lärm- und Abgasemissionen reduziert werden.

Wir fordern:

- Der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur soll deutlich vorangetrieben werden. Die Ladesäulen sollen einfach und unkompliziert zu bedienen und mit gängigen Bezahlssystemen ausgestattet sein.
- Darüber hinaus soll in Trier die erste Wasserstofftankstelle errichtet werden, um auch dieser alternativen Antriebsform die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Das westliche Rheinland-Pfalz verfügt noch über keine Wasserstofftankstelle, sodass sich Trier hiermit auch als innovative Stadt präsentieren kann.
- Wir wollen eine ausfallsichere Versorgung für wasserstoff- und erdgasbetriebene Fahrzeuge gewährleisten.

2.9 Bessere Bahn-Anbindung

Trier liegt nicht am Rande von Deutschland, sondern im Zentrum Europas und darf verkehrstechnisch nicht abgehängt werden. Trier benötigt durchgehende Zugverbindungen in die europäischen Metropolen. Die heutigen Zugverbindungen, die ein Umsteigen in Mannheim oder Koblenz erzwingen, sind für Trier nicht hinnehmbar und schwächen die Erreichbarkeit Triers und dadurch auch den Wirtschaftsstandort.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Die Anbindung Triers an das Fernverkehrsnetz der Bahn und nach Luxemburg soll wiederhergestellt und ausgebaut werden. Wir werden den Druck auf die Bahn und den Bund aufrechterhalten, ihren Verpflichtungen nachzukommen.
- Wir stehen für eine weitere Aufwertung des Bahnhofes und des Bahnhofsumfeldes als einem der zentralen Eingangstore der Stadt Trier. Dazu gehört auch die Erreichbarkeit des Bahnhofs per Rad über die Ostallee sowie die Realisierung einer Fußgängerbrücke (samt Aufzügen) über die Gleise mit Anschluss an die Güterstraße. 2018 haben wir bereits erreicht, dass diese Ost-Anbindung des Bahnhofs im 10-Jahreskonzept der Investitionsmaßnahmen in Fuß-, Rad- und ÖPNV-Verkehr vom Stadtrat beschlossen wurde.

2.10 Verkehr auf neuen Wegen – die urbane Seilbahn und die Irminen-/Barbara-Stege

Die Untersuchungen der Stadtwerke Trier zum Petrisbergaufstieg haben ergeben, dass eine urbane Seilbahn ein sehr günstiges und effektives Verkehrsmittel zur Erschließung des Höhenstadtteils darstellt. Auch in Koblenz erfreut sich die Seilbahn nach anfänglicher Kritik der Bedenkenträger großer Beliebtheit. Mit diesem Verkehrsmittel sind die topografischen Schwierigkeiten Triers leicht zu meistern. Diese staufreie Art der Fortbewegung spart nicht nur Zeit, sondern auch viel Geld.

Ein weiterer wichtiger Punkt zur Minderung des Autoverkehrs und zur Aufwertung der Stadt auf der westlichen Moselseite wäre auch der Bau einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke, der von der Krahenstraße ausgehend auf der gegenüberliegenden Moselseite in den Bereich Kölner Straße/Hornstraße mündet, der sogenannte Irminen-Steg, sowie der Bau einer weiteren Fußgänger- und Radfahrerbrücke, der die Hohenzollernstraße mit der Luxemburger Straße verbindet, der sogenannte Barbara-Steg.

Wir GRÜNE stehen für innovative Lösungsansätze und fordern daher über den derzeitigen 10-Jahres-Plan hinaus: Vom Hauptbahnhof ausgehend soll die Errichtung einer Seilbahnlinie geplant und durchgeführt werden, um die Höhenstadteile mit der Innenstadt zu verbinden.

Die Irminen-/Barbara-Stege sollen gebaut werden, um den Autoverkehr weiter zu reduzieren und die Anbindung der westlichen Moselseite zu verbessern.

2.11 Mobilitätsmanagement

Bewegung beginnt immer zuerst im Kopf. Wohin will sich wer bewegen und welche Möglichkeiten stehen zur Verfügung? Hier setzt gezieltes Mobilitätsmanagement an: am Bedarf der Verkehrsteilnehmer*innen. Die beste Datengrundlage für die Bedürfnisse finden wir in den Betrieben und an den Schulen, da hier Wohnort und Betriebsstandort bekannt sind. Hier gilt es genau hinzuschauen, welche Hemmnisse der Nutzung von ÖPNV, dem Carsharing, der Bildung von Fahrgemeinschaften, dem Zufußgehen oder der Nutzung des Fahrrads entgegenstehen. Oft fehlen nur Informationen über bestehende Angebote, oder eine Fahrradabstellanlage im Betrieb oder an der Schule. Manchmal hilft es, den Beginn der Arbeitszeit um wenige Minuten zu verschieben. Die Bereitschaft in den Betrieben und Schulen zur Mitarbeit ist vorhanden. Die Vorteile liegen auf der Hand: weniger Kosten für Stellplätze, weniger Wegeunfälle, geringere Krankenstände.

Das wollen wir konkret erreichen:

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke Trier auf dem Weg zur Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger vorangehen und sich zu einem modernen Mobilitätsdienstleister weiterentwickeln.
- Gerade beim Mobilitätsmanagement ist eine interkommunale Zusammenarbeit notwendig. Hier ist der VRT gefordert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass er seinen Verpflichtungen einer zukunftsweisenden Verkehrssteuerung nachkommt.

- Unterstützung von Landesseite, wie in Baden-Württemberg erfolgreich praktiziert, hilft Kommunen, Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbands und Mobilitätsmanagement gemeinsam umzusetzen und Synergieeffekte zu nutzen. Der Landesbetrieb Mobilität in Rheinland-Pfalz ist bisher zuständig für den Bau und Unterhalt von Straßen sowie Radwegen an Landesstraßen. Wir fordern die Erweiterung seines Aufgabenspektrums um landesweites Mobilitätsmanagement, das unsere verkehrspolitischen Ziele in der Stadt Trier unterstützen soll.
- Der Lieferverkehr soll durch eine Verbesserung der innerstädtischen Logistik erreicht werden, u.a. durch den Einsatz von Lastenfahrrädern.

2.12 Mobilität der Zukunft - Trier als „Smart City“

Pedelecs waren vor wenigen Jahren kein Thema; nun hat sich die Technologie innerhalb weniger Jahre rasant entwickelt und die Verkaufszahlen schnellen stetig in die Höhe. Mit der neuen Technologie gehen neue Erfordernisse einher: schnelle Räder können nicht gemeinsam mit dem Fußverkehr geführt werden; Konflikte sind vorprogrammiert. Schnelle Räder brauchen Radschnellwege. E-Scooter sind die nächste technologische Fortentwicklung im Mobilitätsbereich. Auch hier ist zu prüfen, welche Infrastruktur anzupassen ist. Zur Mobilität der Zukunft gehören für uns auch die sog. „Shared Space“-Bereiche. Gerade in Bereichen mit sehr engen Schrammborden, die aufgrund der baulichen Gegebenheiten nicht zu Gehwegen mit einer sinnvollen Breite ausgebaut werden können, wäre ein „Shared Space“ ggf. die barrierefreie und sicherste Lösung.

Wir fordern:

- Die Stadt Trier muss auch in Zukunft frühzeitig auf neue Entwicklungen achten und Vorbereitungen treffen, auch neue Mobilitätsformen, von denen wir alle heute noch nichts wissen, da sie noch nicht entwickelt sind oder keine Marktreife erreicht haben, in das städtische Leben zu integrieren.
- Wir fordern „Smart City“-Konzepte, die die Digitalisierung weiter vorantreiben und Daten über das Verkehrsverhalten und die Auslastung der Infrastruktur öffentlich verfügbar machen. So fordern wir ein intelligentes Ampelschaltungssystem, das z.B. zu Stoßzeiten den Verkehr in die freien Parkhäuser lenkt. Daten zur Auslastung von Stellplätzen sollen über Schnittstellen (APIs) frei zugänglich sein, sodass kreative Programmierer daraus Anwendungen erstellen können, die den Bürger*innen und Besucher*innen helfen, zielgerichtet freie Parkplätze anzusteuern.
- Wir fordern LKW-freie Zonen und ein neues Warenverteilssystem. Die Stationen werden beliefert und die weitergehende Verteilung der Waren soll über kleine E-Autos oder Lastenräder erfolgen.
- Wir brauchen eine stärkere Verzahnung von Schiene mit Binnenschifffahrt und Straße. Steigender Internet-Versandhandel schreit nach Antworten in der innerstädtischen Auslieferung. Wir setzen uns dafür ein, dass Trier Modellstadt für moderne Logistik-Lösungen wird.

3 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport

Die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben hängt leider meist wesentlich vom Einkommen ab. Da sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderbewegt und dadurch die Verteilungsgerechtigkeit immer weiter abnimmt, sind immer mehr Menschen vom gesellschaftlichen Leben ganz oder teilweise ausgegrenzt. Der persönlichen Armut vieler Menschen steht auf der anderen Seite eine dramatische Unterfinanzierung der Kommunen gegenüber. Diese Unterfinanzierung ist dafür verantwortlich, dass die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, bestimmte Leistungen überhaupt noch anzubieten oder nur noch zu hohen Entgelten, die besonders für Menschen mit geringem Einkommen kaum zu bezahlen sind. Auf diese Weise entsteht ein für alle Seiten verheerender Kreislauf, der die sozialen Ungleichgewichte immer weiter vorantreibt.

3.1 Wohnen für alle ermöglichen, Durchmischung erreichen, Anbindung schaffen

Im letzten Jahrzehnt sind die Mieten in Trier für alle Typen von Wohnungen oder Häusern explodiert. Mittlerweile gehören die Mieten in Trier zu den höchsten in Rheinland-Pfalz. Dies führt dazu, dass nicht nur Menschen mit niedrigem, sondern auch mit mittlerem Einkommen eine bezahlbare Wohnung in Trier nur noch schwer oder überhaupt nicht mehr finden können.

Die Stadtverwaltung setzt auf konventionelle Konzepte, die den Wohnungsdruck nicht ausreichend lösen. Neubaugebiete sind primär auf den Bau von Einfamilienhäusern ausgerichtet, obwohl diese nur von Personen mit höherem Einkommen gekauft werden können. Auf unseren Druck hin wurde bei der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans durchgesetzt, dass mindestens 60% der Neubauten als Mehrfamilienhäuser geplant und gebaut werden. Dies wird die Situation gegenüber der ursprünglichen Planung der Stadtverwaltung etwas verbessern, reicht aber noch lange nicht aus.

Wir wollen konkret erreichen:

- Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in neuen Baugebieten soll der Anteil von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zukünftig mindestens 75% betragen. Dieser Anteil entspricht dem Bedarf und reduziert gleichzeitig den Flächenverbrauch.
- Wir begrüßen die Pläne hinsichtlich der Neugründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Diese muss die Sanierung der noch vorhandenen Wohnungen im städtischen Bestand gewährleisten. Wir werden uns darüber hinaus auch dafür einsetzen, dass die Zahl der städtischen Wohnungen wieder steigt.

- Darüber hinaus muss auch grundsätzlich die Zahl der Sozialwohnungen in Trier gesteigert werden. Wir fordern eine Quote von mindestens einem Drittel bei neuerrichteten Mehrfamilienhäusern.
- Bei der Steigerung der Zahl der Sozialwohnungen soll auf eine ausreichende soziale Durchmischung in den Stadtteilen geachtet werden. Es soll keine besonders reichen oder armen Gegenden geben. Hierfür ist bereits bei der Aufstellung von Bebauungsplänen Sorge zu tragen.
- Auch bei der Verteilung von städtischen Geldern für Bildung, Kultur und Sport soll die Durchmischung der Stadtteile beachtet werden, um die Attraktivität aller Stadtteile zu steigern.
- Für alle künftigen neuen Baugebiete soll eine gute Nahversorgung und eine gute ÖPNV-Anbindung ebenso gewährleistet sein wie die Schaffung ausreichender und an den Bedürfnissen der Kinder orientierter Spielflächen. Die Bildung von Angsträumen muss vermieden werden.
- Wir verlangen die Anlegung eines Katasters über leerstehende oder zweckentfremdet genutzte Mietwohnungen im Stadtgebiet. Auf Grundlage dieses Katasters sollen Strategien entwickelt werden, wie diese Wohnungen wieder dem allgemeinen Mietwohnungsmarkt zugeführt werden können. Hierzu wollen wir ein Zweckentfremdungsverbot in Trier einführen und setzen uns deshalb dafür ein, dass das Land die rechtliche Möglichkeit dafür schafft.
- Wir wollen durch organisierten Wohnungstausch oder Wohnungsteilungen vor allem generationengerechtes und generationenübergreifendes Wohnen fördern.
- Besonders in den Innenstadtbezirken ist die Notlage obdachloser Menschen unübersehbar. Bei der Landesstrategie gegen Armut muss das Thema der Obdachlosigkeit stark in den Fokus genommen werden. Der beste Weg, Obdachlosigkeit zu bekämpfen, ist Wohnungslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Da viele Betroffene auch an der Undurchsichtigkeit zuständiger Ämter und sozialer Stellen scheitern, fordern wir Hilfen „aus einer Hand“ mit ressortübergreifenden, personell gut ausgestatteten Fachstellen und die Steigerung der Mittel für aufsuchende Sozialarbeit im städtischen Haushalt.

3.2 Zugang für alle durch Beratende Sozialverwaltung

Viele Bürger*innen scheitern bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche daran, dass sie diese entweder überhaupt nicht kennen oder die bürokratischen Hürden zu hoch sind: sie geben im Dschungel von Zuständigkeiten, Formalien, Antragsformularen, Nachweispflichten und restriktiv entscheidenden Bearbeiter*innen auf. Die einzelnen Bearbeiter*innen sind demgegenüber zumeist mit einer zu großen Zahl von Fällen befasst und einem ständigen Kostendruck ausgesetzt. Hierdurch können die individuellen Fälle nicht angemessen bearbeitet werden. Diese Ausgangslage ist geradezu allen Verwaltungen in Deutschland gemein. Die Arbeitsergebnisse werden von Vorgesetzten primär in Zahlen erfasst, wobei die Anzahl der erledigten Fälle und die entstandenen oder eingesparten Kosten eine wichtige Rolle spielen. Die Suche nach guten und pragmatischen Lösungen durch Bearbeiter*innen wird leider nicht angemessen honoriert.

Mitarbeiter*innen werden selten dafür belohnt, dass sie die Antragsteller*innen umfassend beraten und kreative Lösungen für schwierige Fälle zu Gunsten der Bürger*innen finden, wenn der Inhalt des Antrags glaubwürdig und plausibel ist.

Daher lauten unsere Forderungen:

- Wir wollen im Sozialamt zentrale Ansprechpartner*innen schaffen, die -ähnlich wie im Bürgeramt- alle Anliegen der Bürger*innen entgegennehmen und dafür Sorge tragen, dass über die Anträge zeitnah vom zuständigen Sachbearbeiter entschieden wird. Diese sollen die Bürger*innen auch dahingehend beraten, auf welchem Weg ihr Anliegen ggf. durch eine andere Institution (z.B. Krankenkasse) erfüllt werden kann. Daher begrüßen wir es, dass derartige Bestrebungen beispielsweise im Bereich der schulischen Inklusion bereits vorhanden sind. Wir wollen dies unterstützen und weiter ausbauen. Diese Aufgabe kann und darf nicht nur durch Ehrenamtliche erfüllt werden müssen.
- Die Stadt finanziert im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes unabhängige Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass es diese Stellen in Trier in ausreichendem Maße geben wird.
- Wir wollen ein systematisches und unabhängiges Beschwerdemanagement einrichten. Die Bürger*innen sollen innerhalb von maximal zwei Werktagen eine Nachricht darüber bekommen, wie mit ihrem Anliegen umgegangen wird. Dazu gehört allerdings auch, dass es die sachlich richtigen Entscheidungen der Mitarbeiter*innen mitträgt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Mitarbeiter*innen bereit sind, vertrauensvoll mit dem Beschwerdemanagement zusammenzuarbeiten.

3.3 Soziale Teilhabe für alle

Wenn es um Integration, Inklusion oder die Gleichberechtigung verschiedener Lebensmodelle geht, sind sich viele Menschen häufig schnell einig, dass diese Dinge erstrebenswerte Ziele sind. Das auch hier in unserem Programm bereits skizzierte Bild einer offenen und bunten Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben und miteinander in Kontakt treten können, ist zentrales Leitbild GRÜNER Politik in allen Lebensbereichen.

Beim Erreichen dieser Vision wird aber vielfach vergessen, dass es neben vielen mehr oder weniger sichtbaren Faktoren (Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung etc.) auch einen kaum sichtbaren Aspekt gibt: die soziale Herkunft verhindert oft eine gleichberechtigte Teilhabe. Menschen mit geringem Einkommen oder anderen sozialen Schwierigkeiten werden in der Gesellschaft häufig strukturell ausgegrenzt und können umgekehrt so auch die Gesellschaft durch ihr Mitwirken und Teilhaben nicht bereichern. Zu einer GRÜNEN Vision einer offenen und bunten Gesellschaft muss daher auch die Überwindung der Auswirkungen der sozialen Herkunft gehören. Viele Probleme in diesem Bereich müssen außerhalb des kommunalen Rahmens angegangen werden, einige Verbesserungen können aber auch auf städtischer Ebene erzielt werden.

Wir fordern:

- Wir wollen ein Sozialticket für die kulturellen und sportlichen Einrichtungen in der Stadt Trier anbieten. Dieses sollte in der finalen inhaltlichen Ausgestaltung dem „Di-Mi-Do-Angebot“ nahekommen, welches durch das Studiwerk für Studierende zur Verfügung gestellt wird. Wir begrüßen es, dass seitens der Verwaltung bereits erste Schritte in diese Richtung gegangen wurden und unterstützen ausdrücklich die zeitnahe Umsetzung. Wir fordern dabei auch, dass dieses Ticket nicht nur für eigene städtische Kultureinrichtungen (Theater, Stadtmuseum...) gilt, sondern auch auf möglichst viele von anderen Institutionen betriebene Einrichtungen ausgeweitet wird (Landesmuseum, Museum am Dom, Amphitheater etc.). Da Verhandlungen mit dieser Vielzahl anderer Träger längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, fordern wir, dass in einem ersten Schritt die Umsetzung für die städtischen Einrichtungen erfolgt, damit die Angelegenheit nicht mit dem Argument der komplexen Trägervielfalt auf die lange Bank geschoben werden kann.
- Wir wünschen uns eine Stärkung und tiefere Verankerung von Stadtteiltreffs. Wir begrüßen, dass in vielen Trierer Bezirken inzwischen Stadtteiltreffs oder Bürgerhäuser existieren. Wir fordern, deren Anzahl weiter zu erhöhen und die bislang Vorhandenen zu stärken. Neben einer besseren finanziellen Ausstattung gehört dazu für uns auch, dass diese Einrichtungen mit gezielter Werbung und Präsenz auch auf digitalen Kanälen junge Menschen ansprechen. Es ist auch wünschenswert, wenn solche Einrichtungen durch gezielte Aktionen die Gesamtheit der Menschen im jeweiligen Stadtteil „mitholen“, wie man in Trier so schön sagt. Nur so kann gewährleistet werden, dass eine der zentralen Aufgaben dieser Einrichtungen gelingt: der Austausch zwischen den Generationen und den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in einem Stadtteil. Außerdem sollen in diesen Einrichtungen auch psychosoziale Beratungsstellen geschaffen werden.
- Es sollen mehr Mittel für aufsuchende und präventive Sozialarbeit zur Verfügung gestellt werden. Diese ist in vielen Fällen der allererste Schritt, um Menschen aus tiefen Problemlagen zu befreien. In solchen Fällen ist es zunächst einmal nötig, diese Menschen an die Hand zu nehmen, um gemeinsam erste Schritte zu gehen und elementare Probleme in Angriff zu nehmen. Erst danach können weitere Angebote, wie die in den ersten beiden Punkten genannten, wahrgenommen werden. Diese Aufgabe kann beispielweise von Streetworker*innen, aber auch von Sozialarbeiter*innen in den Stadtteilen (und an anderer Stelle natürlich auch von Schulsozialarbeiter*innen) übernommen werden. Deren Anzahl ist für die Größe der Stadt Trier derzeit deutlich zu gering. Wir fordern daher eine Aufstockung.

3.4 Die Stadt als vorbildlicher Arbeitgeber

Die Stadt und ihre Unternehmen tragen eine besondere Verantwortung in ihrer Rolle als Arbeitgeber. Denn nur wenn die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht, können Staat und Gesellschaft von privatwirtschaftlichen Unternehmen erwarten, dass auch sie sich an freiwillige soziale Standards halten.

Auch die Trierer Verwaltung sieht sich in den kommenden Jahren mit den Herausforderungen des demografischen Wandels konfrontiert: einer immer älter werdenden Gesellschaft steht eine Verknappung qualifizierter Arbeitskräfte gegenüber. Gleichzeitig wird sich der Anteil der Einwohner*innen mit einem Migrationshintergrund insbesondere bei den Berufsanfänger*innen in

den nächsten Jahren erheblich erhöhen. Bei einer immer bunter werdenden Gesellschaft kann die Stadt nicht nur von den sprachlichen und kulturellen Kenntnissen von Mitarbeiter*innen mit einem Migrationshintergrund profitieren; sie kann ihnen auch zeigen, dass sie vorbehaltlos zu unserer Gesellschaft dazugehören und so einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Wir fordern daher:

- Die Auslagerung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich auf private Anbieter wird auch in Trier praktiziert. Dies führt neben schlechten Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung und einer Ausbeutung der Beschäftigten auch zu einem Verlust an Qualität erbrachter Leistungen. Beispielhaft genannt seien Reinigungskräfte oder Beschäftigte bei Catering-Unternehmen, die für Kitas und Schulen kochen. Wir wollen die Arbeitnehmer*innen zukünftig wieder unmittelbar bei der Verwaltung oder einem städtischen Betrieb beschäftigen. Eine faire Bezahlung, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt, muss für alle Beschäftigten, die für die Stadt arbeiten, eine Selbstverständlichkeit sein. Darüber hinaus wollen wir auch allgemein erreichen, dass sich die städtischen Beteiligungsgesellschaften zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen verpflichten.
- Wir wollen die Zahl der befristeten Stellen weiter deutlich reduzieren. Aufgrund der hohen Fluktuation innerhalb der Stadtverwaltung ist eine Weiterbeschäftigung nach Ende der Befristung häufig möglich. Daher können diese Arbeitnehmer*innen von Beginn an unbefristet angestellt werden. Befristungen sollen daher nur noch dann möglich sein, wenn eine Tätigkeit an ein konkretes zeitlich begrenztes Projekt gebunden und auf Grund der speziellen Qualifikation eine spätere Weiterbeschäftigung an anderer Stelle ausgeschlossen erscheint.
- Zukünftige Werbemaßnahmen für städtische Mitarbeiter*innen sollen aus dem Blickwinkel des integrations- und inklusionpolitischen Ansatzes heraus im Sinne eines Diversity-Managements insbesondere auch auf potenzielle Bewerber*innen mit einem Migrationshintergrund, einer Behinderung oder anderer Faktoren ausgerichtet sein.
- Mit dem „audit Beruf und Familie“ hat sich die Verwaltung auf den notwendigen Weg gemacht, den eigenen Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Diese Entwicklung wird von uns ausdrücklich begrüßt. Wir wollen diesen Prozess weiter unterstützen. Wir werden insbesondere darauf achten, dass die positiven Ergebnisse auch tatsächlich allen zu Gute kommen. In der Praxis können sie nämlich leicht dadurch zur Makulatur werden, dass aufgrund personeller Unterbesetzung erhebliche Überstunden erforderlich sind. Darüber hinaus steigt der Anteil weiblicher Beschäftigter an der Gesamtbelegschaft. Um Männern wie Frauen die Möglichkeit zu geben, ihr Familienleben in dem von Ihnen gewählten Modell mit ihrer Arbeit in Einklang zu bringen, muss sich die Verwaltung auch in ihrer Einstellungspraxis darauf einstellen, dass der Anteil von Teilzeitkräften steigt. Hierdurch dürfen keine personellen Lücken entstehen.
- Wir werden uns für eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten von städtischen Betrieben einsetzen.

3.5 Sucht, Arbeitslosigkeit, Prostitution

In und um Trier sind vor allem Glücksspiel und Prostitution auf Grund der Nähe zu Luxemburg und Frankreich stark verbreitet. Dadurch zeigt sich auch, dass ein Verbot immer nur zu einer Verlagerung, nicht aber zur Lösung von Problemen führt. Wir werden daher in Trier weiterhin akzeptierende Hilfeleistungen und präventive Lösungen fordern. Wir begrüßen dabei insbesondere den Beschluss, dass zukünftig die stadteigenen Werbeflächen nicht mehr für Bordelle genutzt werden dürfen. Kinder und Jugendliche sollen nicht in einem Umfeld aufwachsen, in dem Prostitution und Glücksspiel Alltag sind.

Gerade Jugendliche und junge Erwachsene sind in einem Alter, in dem neben den bekannten Suchtmitteln Nikotin und Alkohol weitere psychotrope Substanzen ausprobiert werden, aber auch Videospiele werden immer mehr in einem missbräuchlichen Umfang konsumiert. Sowohl stofflicher Sucht, als auch Medien- und Glücksspielabhängigkeit muss vor allem durch Prävention entgegengewirkt werden. Für Betroffene und deren Angehörige muss es weiterhin niedrigschwellige Hilfeleistungsangebote geben.

Prostitution als klassische Beschaffungsprostitution kann, muss aber nicht mit Suchterkrankungen zusammenhängen. Der Weg in die Prostitution kann sowohl durch finanzielle Notlagen oder äußere Zwänge erfolgen, wird von manchen Frauen und Männern aber auch bewusst freiwillig als Verdienstmöglichkeit eingeschlagen. Sexarbeiter*innen haben ein erhöhtes Risiko, Opfer von Gewalt zu werden oder Infektionskrankheiten zu erwerben. Daher muss die aufsuchende Sozialarbeit weiterhin in ausreichendem Umfang eine Betreuung von Sexarbeiter*innen gewährleisten und einfache Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge anbieten (z.B. kostenfreie Kondome).

Wir fordern daher:

- Die Werbemöglichkeiten für Glücksspielstätten und Bordelle sollen durch kooperative Gespräche mit den Vertreter*innen von Werbeflächen weiter eingeschränkt werden.
- Es soll offene Beratungsstellen zum Konsum psychotroper Substanzen, Glücksspiel und Medienkonsum im Sinne der Präventionsarbeit geben, die bereits vor Eintritt einer möglichen Sucht oder Abhängigkeit kontaktiert werden können. Außerdem soll durch diese Stellen eine sachlich-aufklärende Präventionsarbeit in Schulen erfolgen. Aufklärung bedeutet hierbei, über positive und negative Kurz- und Langzeitwirkungen sowie erste Anzeichen von Sucht oder Abhängigkeit zu sprechen. Nur eine ausreichende Aufklärung ermöglicht mündige Entscheidungen, die vor allem junge Menschen treffen wollen und müssen.
- Werbung für Suchtmittel lehnen wir konsequent ab. Tabak, Alkohol und Glücksspiel haben auf öffentlichen Werbeflächen in Trier nichts verloren.
- Wir wollen den Erhalt der bereits bestehenden, niedrigschwelligen Beratungsangebote in der Stadt zum Komplex Sucht („Die Tür“) sicherstellen sowie einen bedarfsgerechten Ausbau gewährleisten. Hierfür müssen die Fallzahlen entsprechend analysiert und ausgewertet werden.

3.6 Gesundheit

Kommunale Gesundheitspolitik besteht nach Auffassung der GRÜNEN neben der Sicherstellung der Behandlung im Krankheitsfall zugleich in Angeboten und Maßnahmen zur Vorsorge.

Dem Gesundheitsamt kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Es ist so gut auszustatten, dass neben seinen gesetzlichen Aufgaben für Hygiene und Seuchenbekämpfung etc. Raum bleibt, zur Aufklärung und Beratung der Bürger*innen in Gesundheitsfragen maßgeblich beizutragen. Das Gesundheitsamt Trier hat aufgedeckt, dass die Hitzeperiode im Jahr 2003 auch in Trier statistisch relevant vermehrt Todesfälle zur Folge hatte. Eine ähnliche Hitzeperiode trat auch 2018 auf, weitere sind angesichts des Klimawandels zu erwarten.

Wir fordern:

- Die Stadt soll stadtplanerische Maßnahmen ergreifen, die Klimafolgen insbesondere im Stadtkern abzumildern. Vermehrte Aufklärung und Vorsorge sollen zum Schutz besonders gefährdeter Personengruppen vor Hitze beitragen (Herzranke, chronisch Kranke, ältere Menschen). Von besonderer Gesundheitsrelevanz ist ferner die Belastung durch Schadstoffe in der Luft (siehe Umweltkapitel).
- Veranstaltungen und Kurse der Volkshochschule sollen ebenso zur Gesundheitsförderung beitragen wie die Tätigkeit der Verbraucherberatung, u.a. in Ernährungsfragen.
- Trier als Oberzentrum ist vergleichsweise gut mit Krankenhausbetten, Ärzten und sozialen Diensten ausgestattet. Der Gesundheitssektor ist dadurch größter Beschäftigungssektor in Trier. Dennoch bestehen auch hier Defizite bei der Anzahl von Pflegekräften und es kommt zu Wartezeiten bei Fachärzten. Attraktivität und Bezahlung von Pflegeberufen müssen verbessert werden.
- Problematisch ist die Situation im Bereich der Geburtshilfe: nur noch 2 Krankenhäuser bieten entsprechende Stationen an. Hebammen, die gerade für junge Familien wichtige Dienste beim Start ins gemeinsame Leben leisten und bei Geburten unverzichtbar sind, gibt es auch in der Stadt Trier immer weniger. Die hohen Versicherungsbeiträge für die Hebammen, die Geburtshilfe leisten, machen den Beruf nicht mehr auskömmlich. Die Selbstbestimmung der Frauen bei der Wahl eines Geburtsortes außerhalb der beiden Kreißsäle wird dadurch stark beschnitten. Wir wollen, dass die Frauen wieder eine freie Entscheidung treffen können, wo ihre Kinder zur Welt kommen. Wir unterstützen daher die Initiativen zur Gründung eines Hebammen-Notdienstes. Auch dieser wird jedoch das grundsätzliche Problem nicht lösen. Das Herumschieben von Zuständigkeiten darf nicht dazu führen, dass ein so wichtiger Moment im Leben eines Menschen, die Geburt, nur noch wie am Fließband abgefertigt wird.
- Ein besonderes Problem in Trier besteht darin, dass sich alle Krankenhäuser und der Großteil der Sozialen Dienste in kirchlicher Trägerschaft befinden. Wir wollen darüber wachen, dass weltanschauliche Offenheit in Bezug auf Beschäftigte und Patient*innen gewährleistet ist. Religionsangehörigkeit, Familienstand und sexuelle Orientierung dürfen kein Kriterium für die Auswahl der Beschäftigten sein und erst recht kein Kündigungsgrund.
- Wir wollen gewährleisten, dass nicht kirchliche Anschauungen, sondern der freie Wille der Patient*innen etwa in Fragen des Schwangerschaftsabbruchs und des selbstbestimmten Sterbens zum Tragen kommt.

- Jodtabletten sollen mit genauer Gebrauchsanweisung an alle Haushalte ausgegeben werden, um so rechtzeitig die Wirkung der radioaktiven Strahlung bei einem nie auszuschließenden GAU in Cattenom gering zu halten.
- Verkehrslärm verursacht erwiesenermaßen Erkrankungen. Durch eine Verringerung des Verkehrs und lärmreduzierende Maßnahmen (s. Kapitel Mobilität) wollen wir krankheitsverursachenden Lärm vermeiden.

3.7 Sport

Sport dient der Gesundheit und dem Wohlbefinden. Nach Aussagen von Ärzten sind vor allem bei Kindern und Jugendlichen zunehmend körperliche Defizite durch mangelnde aktive Bewegung festzustellen. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, weiterhin in Zusammenarbeit mit den Vereinen die Rahmenbedingungen für den aktiven Sport zu stärken. Die Bedingungen für Laufen und Radfahren im Freien verbessern sich, wenn eine Reduzierung der Luftschadstoffe durch eine Minderung des motorisierten Verkehrs erreicht wird. Die GRÜNEN sehen es als einen Erfolg ihrer Ratspolitik an, dass der ADAC den Austragungsort Trier aus seiner Deutschlandrallye gestrichen hat. Wir freuen uns, dass im Jahr 2018 mit der Deutschland-Tour stattdessen eine große Radrallye nach Trier gekommen ist. Insbesondere die inklusive Rad-Tour durch die Innenstadt hat gezeigt, wieviel Spaß gemeinsames Radfahren machen kann. Eine Neuauflage der inklusiven Rad-Tour wäre eine Bereicherung für unsere Stadt, den inklusiven Gedanken und auch den Stellenwert der Radfahrens in unserer Stadtgesellschaft.

Wir fordern:

- Die Stadt soll vorrangig Veranstaltungen unterstützen, die dem Breitensport dienen.
- Die städtischen Sportanlagen und Schulhöfe sollen im Rahmen der Möglichkeiten geöffnet bleiben und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Bolz- und Spielplätze sind zu pflegen und müssen in neuen Baugebieten eingeplant werden.
- Öffentliche Schwimmbäder sind ebenfalls Teil der städtischen Kulturlandschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass sie erhalten bleiben und sie ihr Angebot -etwa auch in gastronomischer Hinsicht- sozial und ökologisch nachhaltig ausrichten.
- Mit dem renovierten Südbad und dem Nordbad stehen ausreichende, im Hallenbad dagegen nur geringe Wasserflächen zur Verfügung. Dennoch soll es in Kooperation mit den Schulen das Ziel sein, dass allen Trierer Kindern Schwimmunterricht erteilt werden kann. Die relativ hohen Eintrittspreise der Bäder für Kinder und Jugendliche wollen wir reduzieren.
- Den im Flächennutzungsplan 2030 vorgesehenen Bau eines neuen Fußballstadions im Messebereich lehnen wir ab. Die Zuschauerkapazität im Moselstadion reicht aus. Bei hohen Besucherzahlen kann die problematische Parksituation durch verpflichtenden Pendelbusverkehrs gelöst werden.

4 Inklusion, gerechte Teilhabe, Integration und Emanzipation

Inklusion beschreibt das Recht eines jeden Menschen auf umfassende Teilhabe am sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Die Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft erkennt die Unterschiedlichkeit aller Menschen als Normalität an. Sie sind mit einer großen Zahl von Barrieren und Hindernissen konfrontiert, die ihnen einen gleichberechtigten Zugang und Chancen erschweren oder verweigern. Davon betroffen sind eben nicht nur Menschen mit einer Behinderung, sondern potentiell jeder von uns. Denn Menschen sind nicht behindert, sie werden an einer gleichberechtigten Teilhabe durch verschiedenste Barrieren gehindert. Diese können körperlicher (z.B. Stufen), geistiger (z.B. Verstehen und Sprechen der deutschen Sprache) oder wirtschaftlicher Natur (z.B. Kosten für Klassenfahrten) sein, ihre Ursache aber auch in gesellschaftlichen Strukturen, Vorurteilen, gesetzlichen Regelungen oder Traditionen und Konventionen haben. Die Beseitigung von Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, (sozialer) Herkunft oder Alter sind deshalb ebenso Bestandteil einer inklusiven Gesellschaft wie die Umsetzung von Barrierefreiheit.

Das Recht auf Teilhabe aller Menschen ist unmittelbare Folge aus der Würde des Menschen, der Abbau bestehender und die Verhinderung neuer Barrieren und Hindernisse ist daher ein elementares Menschenrecht. Deren Gewährleistung darf daher nicht als staatliche Wohltat oder Fürsorge missverstanden werden, sondern als oberster und wichtigster Auftrag aller staatlichen Gewalt. Mit diesem modernen Verständnis einer inklusiven Gesellschaft stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung, Rechtspopulismus und Nationalismus. Alle Menschen haben das Recht auf persönliches Glück und die Chance, sich selbst und ihre Träume zu verwirklichen. Die Identität jedes Menschen leitet sich von diesem Anspruch ab. Dem steht das Konzept jedweder Form von Nationalismus und Rechtspopulismus entgegen. Diese definieren die Identität in erster Linie als Teil eines Kollektivs und der Unterordnung unter dessen angeblichen gemeinsamen Werte und Normen. Dies kann seine Ausprägung in einem rassistischen Volksbegriff finden, aber auch unter Ideologien wie „Leitkultur“ oder den Versuchen, einen vermeintlich linken, sozial geprägten Nationalismus zu entwickeln. Mit unterschiedlicher Heftigkeit verneinen diese Konzepte die individuellen Bedürfnisse und Wünsche von Menschen. Denn diese sind nicht bedeutend, so lange der einzelne seine Identität als Teil einer Nation begreift. Wer nicht Teil derselben ist oder sein möchte, verwirkt damit seine Rechte als Teil der Volksgemeinschaft. Diese ausgrenzende und diskriminierende Ideologie lehnen wir nicht nur ab, sondern setzen ihr das Ideal einer inklusiven Gesellschaft entgegen.

4.1 Barrierefreiheit gewährleisten

Inklusion ist mehr als Barrierefreiheit. Diese ist dennoch wesentlich dafür, dass alle Menschen am öffentlichen Leben teilnehmen können. Sie bedeutet nicht nur die Beseitigung von Stufen und Schwellen. Die akustische Gestaltung von Räumen, der Zugang zu Gebärdendolmetscher*innen, taktilen Leitsystemen oder Broschüren und Behördenschreiben in einfacher bzw. leichter Sprache sind nur Beispiele für den Abbau von Barrieren. Wenn wir von Barrierefreiheit sprechen, ist darunter immer der umfassende Abbau aller dieser Hindernisse zu verstehen. Mit dem Aktionsplan Inklusion hat sich die Stadt auf den Weg gemacht, Trier zunehmend inklusiv zu gestalten. Es ist aber noch ein weiter Weg.

Deshalb fordern wir:

- Alle Veranstaltungen, die von der Stadt oder ihren Beteiligungsunternehmen durchgeführt werden, müssen barrierefrei sein. Zuschüsse und Genehmigungen dürfen nur unter der Auflage erteilt werden, dass der Veranstalter Barrierefreiheit gewährleistet.
- Wir treten dafür ein, dass Barrierefreiheit nicht nur bei städtischen Neubaumaßnahmen geschaffen wird, sondern diese vorrangig bei Bestandsgebäuden forciert werden und nicht als „Beiwerk“ sonstiger Umbaumaßnahmen angesehen wird. Bei der Planung ist der Behindertenbeirat frühzeitig einzubinden.
- In Trier herrscht auch ein Mangel an barrierefreien Wohnungen. Deshalb wollen wir erreichen, dass überall dort, wo die Stadt Trier die Möglichkeit zur Einflussnahme hat, 100% der Wohnungen barrierefrei gestaltet werden, insbesondere bei Mietwohnungen.
- Die Stadt Trier hat mit der Verabschiedung des Inklusionsplanes durch den Stadtrat beschlossen, sich als inklusive Stadt weiterzuentwickeln. Wir treten dafür ein, dass die Stadt Grundstücke nur noch dann an Investoren verkauft, wenn diese konzeptionell darlegen, wie ihr Vorhaben dem Anspruch Triers als inklusive Stadt gerecht wird. Das bloße Erfüllen der gesetzlichen Vorgaben reicht hier nicht aus.
- Der ÖPNV in Trier ist leider immer noch nicht barrierefrei. Wir werden deshalb daran arbeiten, dass die Stadtwerke ihr Angebot verbessern, die Mitarbeiter*innen konsequent schulen und bauliche Defizite an Haltestellen beseitigen. Die Apps der Stadtwerke wie die VRT App oder „äppes“ müssen zwingend barrierefrei und mit einer Sprachausgabe ausgestattet sein.
- Ein besonderes Ärgernis ist der Mangel an öffentlich zugänglichen Toiletten in Trier. Dieser betrifft alle Menschen, die in Trier unterwegs sind. Für Menschen mit einer Behinderung stellt sich das Problem deshalb verstärkt, weil es im Stadtgebiet eine nicht ausreichende Anzahl barrierefreier Toiletten gibt. Deshalb wollen wir in den kommenden fünf Jahren darauf hinarbeiten, dass ein Konzept für öffentliche und barrierefreie Toiletten in Trier erarbeitet und umgesetzt wird.
- Alle Internetangebote der Stadt Trier und ihrer Beteiligungsunternehmen müssen vollständig barrierefrei gestaltet sein. Broschüren und Formulare müssen barrierefrei, für Blinde und sehbehinderte Menschen entweder in Brailleschrift oder in elektronischer Form auch für Braille-Lesegeräte zugänglich sein.

- Die Verwaltung hat damit begonnen, schriftliche Informationen in einfacher bzw. leichter Sprache zur Verfügung zu stellen. Dieser Prozess ist aber eher langsam angelaufen. Es ist daher notwendig, diese Bemühungen deutlich zu verstärken und ggf. auch Haushaltsmittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen.
- Es ist darauf zu achten, dass bei der Schaltung der Ampelphasen für Menschen jeden Alters und jeder körperlichen Konstitution ausreichend Zeit zur Überquerung der Straße bleibt.
- Ampeln müssen flächendeckend mit einheitlichen physischen und akustischen Signalen ausgestattet werden. Außerdem fordern wir die Verbesserung und den Ausbau des Blindenleitsystems. In Neubaugebieten muss es von Anfang an mitgedacht und mitgebaut werden, um teure Nachträge zu verhindern.
- Wir wollen die wirkliche Inklusion in Schulen, Kitas, Sportstätten, Unihörsälen, berufsbildenden Schulen und weiteren Institutionen ermöglichen. In diesem Rahmen setzen wir uns für die notwendige Ausstattung in Schulen ein, seien es genügend Rückzugsräume oder die bislang fehlende Technik.
- Inklusion ist ohne Schulbegleitungen (Integrationshelfer*innen) längst nicht mehr denkbar. Sie muss nicht nur erhalten, sondern auch dauerhaft erweitert werden. Wir begrüßen das „Pool-Modell“, bei dem die Einzelbudgets der Schüler*innen zusammengelegt werden und die Schulbegleiter*innen als Team gemeinsam zuständig sind für alle Schüler*innen.

4.2 Gleiche Rechte für Frauen und Männer

Trotz umfassender gegenteiliger Beteuerungen sind Frauen weiterhin massiv benachteiligt. Dies findet seinen schlimmsten Ausdruck in häuslicher Gewalt, sexuellen Übergriffen oder Vergewaltigungen, geht über ungleiche Bezahlung und berufliche Chancen bis zu dem Umstand, dass sie noch immer den größten Teil der Arbeit im Bereich der Betreuung von Familienangehörigen leisten.

Deshalb werden wir uns konkret für folgende Forderungen einsetzen:

- Wir wollen weitere Plätze im Frauenhaus zu schaffen, denn diese sind notwendige Voraussetzung für den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt. Darüber hinaus bedarf es weiterer Beratungs- und Unterstützungsangebote. Auch hier ist auf eine Trägervielfalt zu achten. In diesem Rahmen fordern wir den Ausbau und die Bekanntmachung öffentlicher Beratungsstellen, um Menschen mit psychischem Leiden sowie Opfern von sexuellem Missbrauch, sexueller Gewalt und häuslicher Gewalt eine Anlaufstelle bieten zu können. Zudem fordern wir den Ausbau einer Antirassismus-Beratungsstelle.
- Um Angsträume im öffentlichen Raum zu vermeiden, muss bei der Gestaltung von Straßen, Plätzen, und vor allem Fußwegen dem Sicherheitsgefühl durch Übersichtlichkeit Vermeidung dunkler ecken und ausreichender Beleuchtung Rechnung getragen werden.
- Ungeplante Schwangerschaften verändern das Leben grundlegend. Deshalb ist es wichtig, dass alle Menschen Zugang zu Verhütungsmitteln erhalten. Dazu gehört auch eine kostenlose Verteilung an Menschen, die sich aus finanziellen Gründen Verhütungsmittel nicht leisten können.

- Frauen, die durch eine Schwangerschaft in eine Notlage geraten, müssen auch die Möglichkeit haben, diese Schwangerschaft zu beenden. Tatsächlich wird es aber immer schwieriger, Ärzte in der Region zu finden, die diesen Eingriff vornehmen. Die Stadt Trier soll in Zusammenarbeit mit Ärzten und Krankenhäusern ein entsprechendes Angebot in der Region sicherstellen. Es ist unzumutbar, dass Frauen, die sich in einer solch extremen Krisensituation befinden, für den Eingriff bis nach Saarbrücken fahren müssen.
- Wir wollen dafür sorgen, dass eine gerechtere Verteilung der Betreuung von Familienangehörigen zwischen Frauen und Männern gefördert wird. Deshalb müssen die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen eine verstärkte Beteiligung von Männern an der Familienarbeit fördern und unterstützen. Diese darf nicht zum Hemmschuh des beruflichen Fortkommens werden, sondern sollte als positive und wertvolle Erfahrung honoriert werden.
- Die Verteilung der finanziellen Mittel im städtischen Haushalt erfolgt noch immer weitgehend unabhängig von der Frage, welchem Geschlecht diese zu Gute kommt. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Freizeit, Kultur und Sport. Daher setzen wir uns weiter für ein Gender Budgeting ein, das auf geschlechterspezifische Folgen bestimmter Ausgaben und eine gerechte Verteilung der Mittel achtet.
- Uns ist bewusst, dass auch Männer Opfer von (häuslicher) Gewalt werden. Dieses Thema wird auf Grund des männlichen Rollverständnisses tabuisiert. Wir wollen deshalb auch für diese Opfergruppe Hilfsangebote schaffen.

4.3 Migrant*innen willkommen heißen

Die Stadt Trier ist im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen vorbildlich mit den Geflüchteten umgegangen, die im Jahr 2015 in die Stadt gekommen sind. Dies ist in erster Linie den hundert ehrenamtlichen Helfer*innen zu verdanken. Diese haben ganz konkrete Hilfe beim Umgang mit Behörden, der Suche nach Wohnungen oder Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz und der Schaffung von Begegnungsräumen („Welcome-Cafés“) geleistet. Ohne dieses Engagement wären die Verwaltung des Landes und der Stadt überfordert gewesen. Trier zeichnet sich darüber hinaus durch eine starke Zivilgesellschaft aus, die sich immer wieder unermüdlich für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und gegen jede Form von Rechtspopulismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Nationalismus einsetzt. Trier ist eine humane, weltoffene und liberale Stadt geblieben. Wir wollen weiter mit allen zivilgesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten, um diese Kultur zu erhalten und zu stärken. Die Stadtverwaltung hat mit Unterstützung aller demokratischen Fraktionen im Stadtrat diese Stimmung aufgegriffen und nach besten Kräften unterstützt. Sie hat Angebote für Migrant*innen geschaffen, die über die gesetzlich normierten Ansprüche hinausgehen, weil es sinnvoll und notwendig ist, Migrant*innen den Zugang zu deutscher Sprache und Kultur zu ermöglichen.

Wir verkennen aber nicht, dass das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen nicht frei von Konflikten ist. Für die überwältigende Mehrheit der Geflüchteten sind die in Deutschland geltenden Werte und Normen selbstverständlich. Wir bekennen uns zur Unteilbarkeit der Menschenrechte. Gewaltfreiheit der politischen Auseinandersetzung, die Trennung von Religion und staatlichen Institutionen sowie die Gleichberechtigung aller Lebensformen sind unumstößliche Werte, welche die Voraussetzung für Toleranz und Humanität sind.

Deshalb fordern wir konkret:

- Die Stadt soll auch in Zukunft Angebote an Sprach- und Integrationskursen im Rahmen des entstehenden Bedarfs bereitstellen. Die Teilnahme daran soll auch weiterhin allen Geflüchteten, unabhängig vom Status in etwaigen Asylverfahren, Bleibeperspektive oder sonstiger Bedingungen, ermöglicht werden.
- Wir haben erreicht, dass viele Stellen an Trierer Kitas zur Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund erhalten werden können. Dies wollen wir dauerhaft fortführen.
- Ende 2018 hat der Rat der Stadt Trier eine Resolution verabschiedet, in der sich die Stadt Trier dazu bereit erklärt, aus Seenot gerettete Flüchtlinge in unserer Stadt aufzunehmen. Die grundsätzliche Entscheidung über Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge obliegt dem Innenminister. Wir fordern den Oberbürgermeister dazu auf, alle Kanäle zu nutzen, um unseren Beitrag als „Seebrücke Trier“ leisten zu können.
- Wir wollen Begegnungsangebote zwischen Geflüchteten und Bürger*innen mit weiterführenden Initiativen fördern, wie zum Beispiel eine „Patenschaft“ mit einem Geflüchteten nach dem Konzept von „Beyond Borders“.
- Es sollen persönliche Beratungsangebote in Rechtsfragen für Geflüchtete in der jeweiligen Landessprache sichergestellt werden. Hier wollen wir auch mit bestehenden Angeboten wie der „Refugee Law Clinic“ zusammenarbeiten.
- Bei der Verteilung von Geflüchteten soll auf eine gleichmäßige Verteilung geachtet werden, damit Integration erleichtert wird.

4.4 Ein gutes Leben im Alter

Viele Menschen machen sich nicht bewusst, dass sie im Alter möglicherweise mit den gleichen Barrieren und Hindernissen konfrontiert werden, wie sie Menschen mit einer Behinderung ihr ganzes Leben lang erfahren. Die inklusive Gesellschaft beantwortet deshalb viele Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Älterwerden stellen. Zudem wollen wir der Vereinsamung insbesondere im Alter entgegenwirken. Hierzu wollen wir Strategien entwickeln und Angebote schaffen, auch ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Unsere Forderungen sind daher:

- Bei der Planung von Wohnquartieren setzen wir auf altersdurchmisches Wohnen. Die Grundbedürfnisse sollen durch Nahversorger vor Ort bedient werden. Orte der Begegnung wie Gemeinschaftsplätze, Cafés oder Eckkneipen dienen der Begegnung zwischen den Generationen und sind deshalb gerade für ältere Menschen ebenso wichtig für die Pflege sozialer Kontakte, wie eine aktive Einbindung durch Vereine, Wohlfahrtsverbände und kulturelle Einrichtungen. Auch die Förderung einer organisierten Nachbarschaftshilfe kann dazu geeignet sein, ältere Menschen nicht in Isolation verfallen zu lassen.
- In einer Stadt mit zwei Hochschulen wollen wir auch Projekte unterstützen, in denen Student*innen mit älteren Menschen zusammenleben und sie im Alltag gegen eine Reduzierung ihrer Mietzahlung unterstützen.

- Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums ist auf die Bedürfnisse älterer Menschen Rücksicht zu nehmen. Beispielhaft genannt seien hier Bänke und Sitzgelegenheiten, aber auch eine übersichtliche und gut lesbare Beschilderung.

4.5 Jugendhilfe

Kinder, Jugendliche und junge Menschen können durch verschiedene Lebensumstände in Krisen geraten und selbst- oder fremdschädigendes Verhalten zeigen. Negative Lebensereignisse in jungen Jahren können sich bis zum Lebensende in massiver Weise negativ auswirken und schränken damit die Lebensqualität der Betroffenen und ihres sozialen Umfelds deutlich ein. Es ist daher eine gesellschaftliche Aufgabe, jungen Menschen ausreichende Hilfeleistungen anzubieten und ihnen eine möglichst normale Entwicklung zu ermöglichen. Im Jugendalter nimmt die Eigenständigkeit mehr und mehr zu. Das emotionale Erleben wird stärker, die Prioritäten ändern sich: weg vom Elternhaus hin zu Freundschaften und ersten Partner*innen. Gleichzeitig kommt es vermehrt zu schädigendem Verhalten, aber auch zu mehr Verantwortungsübernahme und sozialem Engagement. Diese Zeit der Umstellung kann für Eltern, Jugendliche und soziales Umfeld anstrengend sein und muss daher auch vom sozialen Umfeld und der Gesellschaft unterstützt, anerkannt und respektiert werden. Zwar steigt das durchschnittliche Alter von erstgebärenden Frauen, gleichzeitig gibt es aber auch zunehmend eine steigende Anzahl von jungen Müttern, die teilweise selbst noch nicht volljährig sind. Aber auch unabhängig vom Alter ist eine Schwangerschaft mit anschließender Geburt ein einschneidendes, aber häufig auch schönes Erlebnis für Frauen.

Daher fordern wir:

- Die offene Kinder- und Jugendarbeit, wie sie bereits in den verschiedenen Stadtteilen vorhanden ist, soll gestärkt werden. Treffpunkte für Kinder- und Jugendliche sind wesentliche Standbeine der Kinder- und Jugendarbeit und ermöglichen einen lockeren Kontakt zwischen Kindern und Jugendlichen mit Sozialpädagog*innen. Es können sich Vertrauensverhältnisse aufbauen, die bei Bedarf eine niedrigschwellige Hilfe ermöglichen.
- Wir fordern konfessionsfreie Beratungsstellen für Eltern, die Schwierigkeiten mit der Erziehung Jugendlicher haben („Hilfen zur Erziehung“). Gerade aber bei der Generation „Helikoptereltern“, der es besonders schwer fällt, ihr Kind „flügge“ werden zu lassen, muss aber auch der Leidensdruck der Eltern durch Korrektur der elterlichen Erwartungen und Wahrnehmung gemildert werden.
- Die bestehenden Beratungsstellen sind derzeit durch kirchliche Gruppen stark dominiert. Hierdurch können Hemmschwellen sowohl für Hilfesuchende als auch für Berater*innen entstehen, obwohl doch gerade hier niedrigschwellige Hilfsangebote zwingend benötigt werden. Wir wollen die Trägervielfalt in den Beratungsstellen erweitern.
- Wir wollen ein umfassendes Beratungsangebot für junge Schwangere anbieten, das sachlich über den weiteren Verlauf der Schwangerschaft und Erziehungszeit, aber auch über die Möglichkeit und Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs informiert.
- Junge Eltern müssen durch aufsuchende Sozialarbeit unterstützt werden. Entsprechende Möglichkeiten und Angebote sind den jungen Eltern dabei unaufgefordert mitzuteilen, bei gefährdeten Personengruppen (z.B. relativ arme Personen) muss die Information im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit „im Wohnzimmer“ erfolgen.

- Die Bekanntheit bestehender Angebote zur Erziehungshilfe soll erhöht werden. Hierzu sollen insbesondere bei Kinderärzten und Kindertagesstätten entsprechende Flyer und Broschüren ausgelegt werden.
- Das flächendeckende Kita-Angebot in Trier soll erhalten bleiben. Eltern sollen möglichst kurze Wege ermöglicht werden, so dass diese zu Fuß oder per Rad zurückgelegt werden können. Hierdurch können sowohl die Eltern als auch der morgendliche Verkehr entlastet werden.
- Wir fordern die bedarfsgerechte Einführung von Eltern-Kind-Gruppen, die als offene Spiele-/Treffgruppen konzipiert sind. Um eine professionelle Betreuung und Beratung zu ermöglichen, sollen diese Treffen von eine*r Erzieher*in oder Sozialpädagog*in betreut werden. Hierdurch können auch Eltern, die ihre Kinder zuhause erziehen möchten, unkompliziert professionelle Hilfe in Anspruch nehmen.
- Wir wollen ein altersgerechtes Empowerment bereits in Kindergärten, Schulen und Jugendhäusern gewährleisten. Hierbei muss unbedingt vermittelt werden, dass die Schuld für das Erleben von Gewalt nicht in der persönlichen Schuld zu suchen ist. Darüber hinaus müssen Wege aus der Gewalt aufgezeigt werden. Entsprechend sollen in den Einrichtungen speziell geschulte Ansprechpartner*innen benannt werden.

4.6 LGBTIQ* – Gleiche Rechte für alle: Wir leben eine bunte Gesellschaft

Die Einführung der Ehe für Alle war ein von uns GRÜNEN lange geforderter Meilenstein. Sie hat dabei aber noch nicht zu einer vollständigen Gleichberechtigung geführt: Ausgrenzung, Homophobie, Benachteiligung und Diskriminierung finden auch heute noch alltäglich statt. Eine bunte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von geschlechtlicher Zugehörigkeit oder sexueller Neigung gleichberechtigt und diskriminierungsfrei leben können, ist für uns ein zentrales Ziel.

Daher fordern wir:

- Die Einrichtung der Stelle eine*r Ansprechpartner*in für die Belange queerer Menschen bei der Stadt Trier. Eine der zentralen Aufgaben dieser Stelle soll die Entwicklung einer kommunalen Strategie für Akzeptanz und gegen jede Art der Diskriminierung darstellen. Ein Vorbild für die Ausgestaltung des Aufgabenbereichs dieser Person kann die Stadt Mannheim sein, welche bereits einen LSBTIQ*-Beauftragten hat. Jene Stelle versteht sich dort zugleich auch als Vielfaltsbeauftragte*r und ist daher eng in das Netz anderer Beauftragter integriert.
- Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig lernen, dass es eine breite Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierung gibt und keine davon Grund für Ausgrenzung oder Mobbing sein darf. Außerdem benötigen junge Menschen Unterstützung und Bestärkung darin, sich ihrer eigenen geschlechtlichen Identität oder sexueller Präferenzen bewusst zu werden. Diese wichtige Arbeit wird unter anderem vom Netzwerk für Bildung und Schulaufklärung zu sexueller Identität und Vielfalt (bekannt unter dem Namen „Schlau-Projekt“) geleistet. Wir begrüßen es, dass dieses wichtige Projekt von der Stadt Trier heute bereits gefördert wird und setzen uns für eine Fortführung und Ausweitung dieser Förderung ein.

- In Trier gibt es eine lebendige queere Szene. Dieser stehen aber nur vergleichsweise wenige Stätten zur Verfügung, an welchen sie ihr Selbst offen zeigen und ausleben können. Eine Ausweitung der Anzahl und auch der Vielfalt solcher Stätten der Begegnung ist für uns ein zentraler Baustein auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft.
- Wir erwarten von der städtischen Verwaltung, dass sie in Formularen und Anträgen die Möglichkeit der Auswahl eines dritten Geschlechtes schafft und außerdem all ihre Veröffentlichungen in gendergerechter Sprache verfasst.

5 Bildung und Kultur

5.1 Bildungsgerechtigkeit und gut ausgestattete Bildungseinrichtungen für selbstbestimmte Teilhabe am Leben

GRÜNE Bildungspolitik steht für Bildungsgerechtigkeit und lebenslanges Lernen. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, dass alle Schüler*innen, ob mit oder ohne Behinderung, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder der Einkommensstärke ihrer Eltern die gleichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an unserer Gesellschaft bekommen.

Wir setzen uns für einen weit gefassten Begriff der Inklusion im Bildungsbereich ein. Das bedeutet für uns nicht nur, Kinder und Jugendliche mit Behinderung am Spielen und Lernen in regulären Kindertagesstätten und Schulen teilhaben zu lassen, sondern jedes Kind mit seinen Besonderheiten und vor allem mit seinen Stärken wahrzunehmen, zu begleiten und zu fördern.

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss, sie umfasst vielmehr nahezu alle Bereiche der Gesellschaft: Ob im Beruf, im Ehrenamt oder in der Freizeit – überall können wir etwas dazulernen, jeden Tag. Wir GRÜNE möchten allen Bürger*innen die Teilhabe am lebenslangen Lernen ermöglichen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir unterstützen Bestrebungen von Schulen, die Ganztagsangebote an Schulen weiter auszubauen und Ganztagsklassen einzurichten, bei denen Unterricht, Erholungsphasen, Zeit für soziales Miteinander, selbständiges Lernen und Bewegung über den ganzen Tag verteilt sind.
- Seit Beginn der Beratungen zum Schulentwicklungskonzept kämpfen wir für den Erhalt der Egbert-Grundschule. Vor fünf Jahren mussten die Schüler*innen und Lehrer*innen der Egbert-Grundschule das Schulgebäude in der Olewiger Straße wegen erheblicher Baumängel und Schimmelbefalls verlassen und auf unbestimmte Zeit nach Kürenz umziehen. Wir haben nicht lockergelassen und uns für eine Rückkehr an den angestammten Ort eingesetzt. Dies wollen wir weiterhin verfolgen.
- Wir haben uns in Trier-Ehrang und Trier-Quint, wie vor Ort gewünscht, erfolgreich für den Erhalt der Grundschulen in den Stadtteilen eingesetzt. Auch in Zukunft werden wir in schulorganisatorischen Fragen gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort die für die Kinder, Eltern und Lehrer*innen beste Lösung suchen.

- In Triers Kindertagesstätten und Schulen ist lange Zeit zu wenig investiert worden. Marode Sanitäranlagen, unbenutzbare Sporthallen, Schimmelbefall und fehlende Räume (insbesondere für Differenzierung) haben zu einem hohen Sanierungsbedarf geführt. Wir werden die Verwaltung dazu anhalten, die nötigen Maßnahmen zügig umzusetzen, damit unsere Kinder in einer angenehmen Atmosphäre spielen und lernen können. Barrierefreiheit ist hierbei ein ebenso zentrales Anliegen wie Maßnahmen zur Schalldämpfung. Räume sollen nicht nur dem Lernen dienen, sondern den Schüler*innen auch einen Rückzugsort für Phasen zwischen dem Unterricht bieten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder aus Familien, die finanziell oder strukturell benachteiligt sind, entsprechende Unterstützung erfahren. Kein Kind darf und soll zurückbleiben.
- Beim Mittagessen in Kitas und Schulen setzen wir uns für hohe Standards ein. Unsere Kinder sollen sich nicht nur gesund und schmackhaft ernähren können, sondern möglichst mit saisonalen, biologisch und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln aus der Region. Was gute Ernährung ausmacht, sollen unsere Kinder nicht nur schmecken, sondern im Rahmen des Unterrichts auch lernen, indem sie beim Mittagessen mitplanen, einkaufen und zubereiten. Bei Neubauten ist dies in der Raumplanung zu berücksichtigen; in Bestandsgebäuden ist zu prüfen, ob die Einrichtung einer Lehrküche oder zumindest einer Kochecke möglich ist.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Kitas und Schulen Beete oder ganze Gärten angelegt werden. So können Kinder und Jugendliche mehr Bewusstsein dafür entwickeln, wo ihr Essen herkommt und wie sie daraus gesunde und leckere Mahlzeiten zubereiten können.
- Unsere engagierten und guten Lehrkräfte sind aufgrund von sehr heterogenen Klassenstrukturen in besonderem Maße pädagogisch gefordert, um alle Schüler*innen optimal zu fördern. Solche Klassenstrukturen sind ausdrücklich Ziel GRÜNER Vielfaltspolitik. Hierbei sind Schulsozialarbeiter*innen unverzichtbare Bindeglieder zwischen Schule, Eltern und Schüler*innen. Wir setzen uns deshalb für den bedarfsgerechten Ausbau von Schulsozialarbeit an allen Schulen ein. Wir fordern außerdem eine ausreichende Versorgung mit Schulpsycholog*innen, die über eine reine Entwicklungsdiagnostik hinausgeht.
- Um eine umfassende und nachhaltige Betreuung von Kindern in besonderen Situationen zu ermöglichen, brauchen wir eine bessere Vernetzung zwischen Schulen und Jugendamt. Wir fordern die Verwaltung auf, nach Lösungen zu suchen, wie ein intensiver Austausch auch vor dem Hintergrund der strengen Anforderungen durch den Datenschutz gewährleistet werden kann.
- Wir leben in einer digitalen Informationsgesellschaft und wollen unsere Kinder optimal auf einen selbstständigen und reflektierten Umgang mit Medien vorbereiten. Kitas und Schulen müssen Kindern künftig viel mehr und bessere Medienkompetenz vermitteln. Neben einer adäquaten Ausstattung mit digitalen Lern- und Lehrmitteln und kostenlosem Internetzugang für alle Schüler*innen setzen wir vor allem auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit Medien.
- Was die Internetanbindung der Schulen betrifft, so wird auf unseren Antrag hin derzeit ein Konzept für Struktur der digitalen Vernetzung entwickelt. Dies werden wir weiter forcieren und kritisch begleiten, damit die Lernenden und Lehrenden sinnvoll die Angebote des Internets nutzen können.

- Kitas und Schulen sind nicht nur Orte des Erziehens und Lernens: sie sollen Erlebnisorte sein, die Kinder und Jugendliche die Welt entdecken lassen. Trier bietet hierfür mit seinen kulturellen Einrichtungen und mit seiner natürlichen Umgebung vielfältige Möglichkeiten. Wir wollen, dass Kitas und Schulen diese Angebote durch Kooperationen zum Beispiel mit dem Theater oder den Hochschulen stärker nutzen und ein Unterricht nicht nur im Klassenzimmer stattfindet.
- Ein guter Start in den Schultag ist grundlegend für erfolgreiches Lernen. Dafür brauchen wir sichere und angenehme Schulwege. Dies wollen wir durch eine bessere ÖPNV-Anbindung und kostenlose Tickets für alle Schüler*innen, Auszubildende, Bundesfreiwilligendienstleistende und Menschen, die sich in einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr befinden, erreichen. Gleichzeitig möchten wir mehr Kindern durch eine verbesserte Infrastruktur ermöglichen, zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule zu gelangen.
- Wir fordern einen späteren Unterrichtsbeginn, der dem Biorhythmus junger Menschen eher entspricht und ein besseres Lernen ermöglicht. Trotzdem muss eine Betreuung vor Schulbeginn für die Kinder von Arbeiter*innen gewährleistet sein. Als Nebeneffekt würden dabei außerdem der Berufs- und Schulverkehr entzerrt werden
- GRÜNE Bildungspolitik nimmt auch Jugendliche in den Blick, die eine Ausbildung absolvieren. Ihnen wollen wir vor allem die Mobilität erleichtern. Dazu gehören ein kostenloses ÖPNV-Ticket zur Ausbildungsstätte sowie bessere ÖPNV-Verbindungen.
- Wir wollen auch einen Fokus darauf richten, Trier für Auszubildende attraktiver zu gestalten. Dazu gehört genügend finanzierbarer Wohnraum, guter und kostenloser ÖPNV sowie ein attraktives Kulturangebot zu leistbaren Preisen. Zudem fordern wir die Einführung eines Azubi-Tickets vergleichbar mit dem Semesterticket der Studierenden. Außerdem sollen Auszubildende auch das Di-Mi-Do-Angebot zum günstigen Besuch von kulturellen Einrichtungen wahrnehmen können
- Trier lebt auch von seinen Student*innen an Universität und Hochschule. Wir setzen uns dafür ein, dass auch sie in unserer Stadt bezahlbaren Wohnraum und ein attraktives Freizeitangebot finden. Außerdem sind Universität und Hochschule mit ihrem Fokus auf Informatik Quelle für viele zukünftige Start-Ups. Diese entstehen aber meist in der eigenen WG-Küche, wo aktuell niedrige Übertragungsgeschwindigkeiten und Datenlimits die Regel sind. Das wollen wir unter anderem mit der Anbindung ans Glasfasernetz ändern

5.2 Räume für Kinder schaffen

Gerade Kinder sind mit vielen Barrieren und Hindernissen konfrontiert. Es war immer GRÜNE Forderung, Kindern als Säulen unserer Zukunft ausreichende Räume zur freien Entfaltung zur Verfügung zu stellen.

Deshalb wollen wir erreichen:

- Die Diskussion um die Kinderbetreuung konzentriert sich leider viel zu sehr auf die Quantität. Es ist notwendig, die Frage nach den qualitativen Rahmenbedingungen in den Vordergrund zu stellen. Das Gute-Kita Gesetz des Bundes und die Novelle des Kita-Gesetzes 2021 in Rheinland-Pfalz werden eine Debatte über sinnvolle qualitative Standards notwendig machen, die wir verbindlich festlegen wollen.

- Die überwiegende Mehrheit der Kita-Plätze wird noch immer von kirchlichen Trägern angeboten. Für Eltern ist die Wahlfreiheit stark eingeschränkt. Eine weltanschaulich neutrale Erziehung ist in kirchlichen Kitas nicht vorgesehen. Wir werden weiter daran arbeiten, die Vielfalt der Träger in Trier zu erhöhen. Es ist von Seiten der Verwaltung zu prüfen, inwieweit die Bündelung von Personalverwaltungsaufgaben der Kitas in freier Trägerschaft durch eine zentrale Stelle Anreize geschaffen werden können, auch kleineren Trägern das Betreiben einer Kita zu ermöglichen.
- Mit großem Aufwand wurden Spielraumanalysen für die einzelnen Stadtteile erstellt. Wir werden darauf drängen, dass deren Ergebnisse nicht ignoriert, sondern durch die Verwaltung umgesetzt werden.
- Es gibt zu wenig Orte, an denen Kinder sicher spielen können. Bolz- und Spielplätze sind häufig in einem beklagenswerten Zustand. In der Vergangenheit wurden dafür bereitgestellte Investitionsmittel nicht verbraucht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verwaltung in den nächsten Jahren neue Spielräume schafft und bestehende Orte systematisch saniert.

5.3 Den Bedürfnissen junger Menschen gerecht werden

Mit dem Jugendparlament und der jährlich stattfindenden Jugendkonferenz hat die Stadt Trier zwei wichtige Bausteine geschaffen, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Beide Institutionen arbeiten erfolgreich. Deshalb wollen wir sie erhalten und stärken. Wir sehen es zunächst als unsere Aufgabe an, jungen Menschen zuzuhören und uns dafür einzusetzen, dass ihre Vorstellungen und Wünsche in Grundlage städtischen Handelns mit einfließen. Viele ihrer Forderungen finden sich in diesem Programm: Mehr und bessere Radwege, billigere Busse und Züge, die häufiger fahren, sind nur einige Beispiele dafür.

Daher fordern wir:

- Der öffentliche Raum ist auch für junge Menschen da. Die Trierer Straßen, Plätze und Parks sind attraktive Orte, an denen sie sich gerne aufhalten. Wir haben kein Verständnis für die Diskussion, ob man ihren Aufenthalt dort beschränken sollte und setzen uns für ein Ende dieser Diskussion ein, um den jungen Menschen hier freie Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.
- Die Verwaltung soll prüfen, inwieweit schulische Spiel- und Sportplätze von Kindern und Jugendlichen auch in deren Freizeit genutzt werden können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Standort der Skatehalle (Projekt X Zuppermarket) in der Aachener Straße direkt neben der Europäische Kunstakademie e.V. langfristig gesichert wird. Wir begrüßen die Pläne zur Ausweitung des Angebots am Standort (sportliche Aktivitäten, Cafeteria, Nutzung der ehem. Büros im OG z.B. als Probenräume).
- Viele Jugendliche in Trier kommen aus schwierigen persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen. Leider wird ihnen die notwendige Unterstützung häufig nicht gewährt. Dies liegt keinesfalls an mangelnder Bereitschaft seitens der Verwaltung, sondern an fehlenden personellen und finanziellen Ressourcen. Gerade die Biographien mehrfach straffällig

gewordener Jugendlicher ähneln sich nur all zu sehr. Die Hilfesysteme müssen hier frühzeitiger greifen und darauf gerichtet sein, den jungen Menschen eine Perspektive jenseits von Kriminalität oder dem Bezug von Sozialleistungen zu eröffnen.

- Insbesondere in den Schulferien setzt die Stadt auf die Angebote freier Träger, um Kinder und Jugendliche zu betreuen. Wir wollen, dass bei der Vergabe von Zuschüssen Qualitätsstandards berücksichtigt werden, die sich auch an sozialen und ökologischen Kriterien orientieren.

5.4 Kultur als elementares menschliches Bedürfnis

Kultur hat einen hohen Stellenwert in Trier. Charakteristisch ist die große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen. Neben den klassischen Institutionen wie Museen und Theater prägen vor allem die vielen kleineren Initiativen und Projekte das reiche Kulturleben in unserer Stadt, wie etwa die Tufa oder das ExHaus.

Kultur in Trier ist auch grenzüberschreitend: die vielfältigen Aktivitäten verbinden unterschiedliche Kulturen und Nationen, fördern das Zusammenleben und das soziale Miteinander. Kultur bildet, regt die Kreativität an, verknüpft Geschichte und Gegenwart und wirkt identitätsstiftend. Sie strahlt über die Stadtgrenzen hinaus und macht Trier sowohl für seine Einwohner*innen als auch für Tourist*innen attraktiv und lebenswert.

Es ist uns ein Anliegen, das facettenreiche Angebot auch in Zukunft zu stärken. Dabei wollen wir die verfügbaren finanziellen Mittel gezielt einsetzen und auch das Engagement der Menschen fördern, die sich ehrenamtlich in die Kulturarbeit einbringen wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Einwohner*innen unabhängig von ihrer Mobilität, ihres sozialen Umfeldes und ihrer finanziellen Möglichkeiten die kulturellen Angebote nutzen können. Kultur ist für uns GRÜNE kein Luxus, sondern ein elementares menschliches Bedürfnis, das es zu fördern gilt. Dabei setzen wir uns im Besonderen für die Förderung derer ein, die nicht auf ein Massenpublikum setzen können und dennoch einen wichtigen kulturellen Beitrag leisten.

Dafür setzen wir uns ein:

- Das Theater Trier ist für uns elementarer Bestandteil der Trierer Kulturszene. Wir bekennen uns daher uneingeschränkt zum Trierer Theater als Dreispartenhaus mit dem Bürgertheater und dem Kinder- und Jugendchor und streiten für den Erhalt jener Institution in seiner heutigen Form.
- Baulich ist das Theater Trier in einem äußerst schlechten Zustand. Die Technik ist zu einem nicht geringen Teil völlig überholt und Raumnot sowie ein enormer Sanierungsstau machen den täglichen Probenalltag im Haus zu einer Qual für alle Beteiligten. Wir erkennen daher die Notwendigkeit der Sanierung des Hauses an und begrüßen, dass man sich mit ersten Schritten bereits auf den Weg dorthin gemacht hat. Wir tragen eine Sanierung im Bestand mit und sehen es als Notwendigkeit hierbei genau zu überprüfen, welche Maßnahmen tatsächlich nötig sind und wo ggf. Kosten gespart werden können.
- Wir wollen – auch bei geringem finanziellem Spielraum – die kulturelle Vielfalt Triers erhalten und weiter ausbauen. Insbesondere die kleineren Institutionen sollen gefördert werden, die mit wenig Geld auf hohem Niveau kulturelle und soziokulturelle Arbeit leisten. Einrichtungen, die diese Aufgabe übernehmen, müssen auch künftig durch eine gute finanzielle Basis gesichert werden.

- Trier braucht mehr Freiraum für alternative Kulturprojekte, die Menschen animieren und motivieren, ihre musikalische und künstlerische Leidenschaft auszuleben, z. B. indem Bandproberäume zur Verfügung gestellt, Ausstellungsmöglichkeiten geschaffen und Werkstätten eingerichtet werden. Auch die Stadt Trier soll überprüfen, welche der Räumlichkeiten in ihrem Besitz zu welchen Zeiten dafür genutzt werden können.
- Die Bedeutung von Kultur muss noch viel mehr im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sein. Wir wollen die Sichtbarkeit von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum erhöhen. Wände für Graffiti und Streetart sind eine von zahlreichen Möglichkeiten, zum künstlerischen Schaffen einzuladen. Gleichzeitig gilt es, mehr über Kunst und Kultur zu kommunizieren, um deren Anliegen und Bedeutung besser zu vermitteln.
- Zu einer lebendigen Kulturszene gehört auch ein vielfältiges Angebot an Filmen. Wir setzen uns daher dafür ein, die alternative Kinokultur in Trier zu fördern, zum Beispiel durch Film-Workshops für Schüler*innen und Erweiterung bestehender Angebote wie das „Di-Mi-Do“-Ticket auf das Kino.
- In einer Gesellschaft, die immer älter wird, ist es wichtig, kulturelle Angebote auch für Menschen vorzuhalten, die nicht mehr so mobil und agil sind. Wir wollen die entsprechenden Einrichtungen in Trier dazu animieren, ihr Programm entsprechend auszurichten und der Vereinsamung älterer Menschen entgegenzuwirken.
- Kultur muss bezahlbar sein. Wir setzen uns daher für eine Solidarkarte ein, die es etwa auch Auszubildenden oder relativ Armen ermöglicht, kostenlos oder kostengünstig in den Genuss kultureller Angebote zu kommen. Für Kinder soll der Eintritt zu Museen grundsätzlich kostenlos sein.
- Die musische Bildung von Kindern ist ein wesentlicher Baustein kultureller Erziehung. Weite Wege zu den Unterrichtsstätten und/oder hohe Kosten halten viele Eltern davon ab, ihre Kinder ein entsprechendes Angebot wahrnehmen zu lassen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder möglichst wohnortnah ein Musikinstrument erlernen können, etwa durch ein entsprechendes Angebot an den Schulen.
- Lesen gehört zu den elementaren Grundlagen kultureller Bildung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass alle Bürger*innen bequem und kostenlos Bücher und andere Medien ausleihen können. Ehrenamtlich betreute öffentliche Bücherschränke und Bücherbusse sollen das Angebot von Bibliotheken ergänzen.

6 Stadtplanung/Bauen und Denkmalpflege

6.1 Planen und Bauen für den Menschen und im Einklang mit der Natur

Dem Wachstum Triers setzen die geografischen und stadtklimatischen Gegebenheiten Grenzen. Auch die Infrastruktur (Verkehr, Wasserversorgung, Schulen etc.) muss tragfähig bleiben. In den vergangenen Jahrzehnten waren Stadt- und Verkehrsplanung gleichgesetzt. Planungen aus der Windschutzscheibenperspektive haben jedoch keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen. Profitgierige Immobilienhaie zerstörten erhaltenswerte Bausubstanz, schufen Bausünden. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt wurde verschärft, bezahlbarer Wohnraum ist kaum zu finden.

Der Respekt vor den gewachsenen Strukturen und die Bedürfnisse der Menschen stehen am Anfang jeglicher Planung. Wir treten dafür ein, Planungsfehler der Vergangenheit mit aktiver Stadtplanung zu korrigieren.

Im Stadtgebiet gibt es wenige große bebaubare Flächen. Das führt zu großem Druck auf dem Wohnungsmarkt, zu hohen Bau- und Mietpreisen. Die Schaffung immer neuer Baugebiete ist kritisch zu hinterfragen: Landflucht in die Städte ist keine Lösung. Unbegrenztes Wachstum der Bevölkerungszahl innerhalb Triers verschärft die ökologischen und demographischen Probleme. Immer mehr Menschen wehren sich zu Recht gegen diesen Weg. Wir benötigen daher in den nächsten Jahren eine Debatte über die Ziele städtischen Wachstums und über die Verbesserung der Kooperation mit den Landkreisen. Die Vermeidung von Zersiedelung ist aktiver Landschaftsschutz. Jedes neue Baugebiet bedarf genauer Untersuchungen hinsichtlich des städtebaulichen Kontexts, der Verkehrsanbindung (insbesondere durch den ÖPNV) und der Umweltverträglichkeit.

Unsere Neubaugebiete sind ein Potpourri unterschiedlicher Gebäudetypen: Mehrfamilienhäuser, Reihenhäuser und der größte Anteil bestehen jedoch aus Einfamilienhäusern. Einfamilienhäuser haben einen enormen Platzbedarf, dagegen erfordert die Nachfrage mehr Mietwohnungen, die für die Familien bezahlbar sind, zudem wird die Zahl von Singlehaushalten weiter steigen. Die Statistik der letzten 15 Jahre zeigt: nur 27,3 % der fertiggestellten Wohnungen in Trier wurden als Ein- oder Zweifamilienhäuser errichtet. Der von der Stadt vorgegebene Wert von 40 % Wohnungen in Eigenheimen ist damit weiterhin zu hoch und wird künftig noch weniger bedarfsgerecht sein. Mehr Wohnfläche entlastet den Wohnungsmarkt, Mieten sinken – nach dem Prinzip „Angebot und Nachfrage“.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Brachflächen und Lücken in bereits versiegelten Gemischtflächen sind für den Wohnungsbau zu nutzen, sofern eine Umweltverträglichkeitsprüfung und das Kleinklima dies zulassen.
- Brachflächen und Lücken in Gemischtflächen sind für den Wohnungsbau zu nutzen, sofern eine Umweltverträglichkeitsprüfung und das Kleinklima dies zulassen.
- Bei Neu- und Umbaumaßnahmen sind die baulichen Maßstäbe des Umfeldes zu achten. Neubauten müssen sich in die bestehende Bebauung einfügen.
- Bauten im Blockinnerbereich und in der „zweiten Reihe“ sollten nicht nur aus Respekt vor den vorhandenen Maßstäben umgebender Bebauung deutlich niedriger sein als die Straßenrandbebauung, sondern auch um negative Auswirkungen auf die Freiflächen und Bestandsgebäude zu vermeiden (Nutzbarkeit der Innenbereiche, Begrünung und gute natürliche Belichtung).
- Wir wollen der weiteren Versiegelung von Flächen entgegentreten und Maßnahmen entwickeln, damit neue Grünflächen entstehen und Vorgärten erhalten bleiben. Unsere Stadt braucht mehr grün und mehr Bäume.
- Trier benötigt eine Baumschutzsatzung, um willkürliche Fällungen zu verhindern und den Baumbestand nachhaltig zu erhalten. Bäume bieten Singvögeln Nistplätze, sorgen für frischere, Luft und spenden im Sommer Schatten.
- Trier liegt in einem Talkessel, in dem nur eine geringe Luftzirkulation erfolgt. Wir fordern daher den Erhalt von Frischluftentstehungsgebieten, z.B. des Brubacher Plateaus und freie Frischluftschneisen; die eingeschränkte Frischluftzufuhr aus den umliegenden Gegenden darf nicht durch eine zu dichte Bebauung noch weiter abgesenkt werden.
- Wir sind weiterhin entschieden gegen das Baugebiet Brubacher Hof, das nicht nur erhebliche Beeinträchtigungen der Naherholung und des Umweltschutzes nach sich zieht, sondern auch die Verkehrsproblematik am Kreisel Kaiserthermen weiter verschärft. Zudem bringt die geplante Bebauung mit vorwiegend Einfamilienhäusern keine spürbare Entlastung am Wohnungsmarkt und ist angesichts der Vielzahl von vorhandenen und neu ausgewiesenen Baugebieten völlig entbehrlich.
- Vor allem die verkehrliche Situation spricht gegen das Neubaugebiet Zentenbüsch. Die Stadtverwaltung hat kein Konzept vorlegen können, wie eine unzumutbare Belastung der Ortslage Ruwer und weiter zum Verteilerkreis vermieden werden kann. Stattdessen befürworten wir eine Bebauung des Langenbergs als Lückenschluss zwischen den Stadtteilen Euren und Zewen. Es bietet hinsichtlich der Bebauungsformen und Nutzungen eine größere Variabilität als die Hanglage Zentenbüsch. Durch den Ausbau der Regionalbahn mit seinen neuen Haltepunkten wäre der Langenberg optimal an die Innenstadt und Luxemburg angebunden.
- Die energetische Sanierung von Gebäuden werden wir weiter vorantreiben und die Verwendung nachhaltiger und ökologischer Baustoffe fördern. Dabei fordern wir beispielsweise, dass bei Planung von städtischen Neubauten eine Bauweise in Holzbauweise geprüft wird, da es sich hierbei um einen baubiologisch vorteilhaften und ökologisch hochwertigen Baustoff handeln, der auch neuste Brandschutzanforderungen erfüllen kann.

- Die digitale Gesellschaft lebt von hoher Vernetzung und Verfügbarkeit. Wir wollen den Glasfaserausbau unterstützen, bestehende Fördertöpfe voll auszuschöpfen und den Ausbau öffentlich zugänglicher WLAN-Netzwerke fördern. Zusätzlich sollen bei allen Straßensanierungen und anderen Tiefbauarbeiten Leerkabelkanäle verlegt werden, damit eine spätere Nachrüstung mit Glasfaserkabeln erfolgen kann und eine erneute Öffnung der Straße entbehrlich machen.
- Öffentliche Neubauten müssen barrierefrei sein. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, Bestandsgebäude im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen barrierefrei auszubauen. Dabei ist uns nicht nur eine Zugänglichkeit mit Rollstühlen wichtig, sondern auch z. B. Blindenleitsysteme oder Sitzmöglichkeiten.
- Beim Verkauf und der Verpachtung städtischer Grundstücke wollen wir vertraglich absichern, dass darauf errichtete Neubauten barrierefrei sind.
- Der demographische Wandel erfordert eine Nahversorgung der kurzen Wege. So genannte „Nahversorger“, die nur mit dem Auto erreichbar sind, sind keine Nahversorger. In Ortsteilen sind vorhandene Einzelhandelsstrukturen zu schützen.
- Wir wollen öffentliche Plätze aufwerten und wieder mit Leben füllen, z. B. den Bahnhofsvorplatz, den Rindertanzplatz oder den Augustinerhof. Dabei wollen wir u. a. kleine Grünflächen mit Sitzgelegenheiten schaffen oder die Sauberkeit verbessern. Alle Trierer*innen sollen sich wohlfühlen, wenn sie die städtischen Plätze besuchen.
- Bei der derzeitigen Diskussion zur notwendigen Sanierung des Stadttheaters und dessen Orientierung zum Viehmarkt denken wir weiträumiger. Wir wollen einen Augustinerhof mit Aufenthaltsqualität und mit optimalen Wegeverbindungen für Fußgehende und Radfahrende bis zu Römerbrücke.
- Der Alleenring bedarf als Grünfläche und zur Erinnerung an die mittelalterliche Stadtmauer der gestalterischen Aufwertung. Trier ist immer noch eine Stadt neben einem Fluss. Für die Vision einer Stadt am Fluss, also die Verknüpfung von Stadt und Fluss und die damit verbundene Aufwertung des Moselufers, müssen die Stadtteile links und rechts der Mosel inhaltlich verwoben, die Fuß- und Radwege attraktiver gestaltet werden.
- Städtebauliche Planung und Fortschritt müssen ganzheitlichen Ansätzen folgen: Einzelne Konzepte wie „die Stadt am Fluss“, „antikes Trier“, „soziale Stadt Trier-West“, aber auch Oberthemen wie die Mobilität in der Stadt, die Umwidmung militärischer Liegenschaften und die Nahversorgung müssen aufeinander abgestimmt werden und einem gemeinsamen Konzept folgen. Dadurch können Synergieeffekte genutzt werden, Kosten eingespart und die Stadt insgesamt aufwertet werden.
- Das riesige Gelände zwischen der Eurener Straße bis zur Mosel und vom alten Trier-Wester Bahnhof bis zum Ausbesserungswerk harrt einer sinnvollen Umnutzung. Das von der Stadtratsmehrheit definierte Ziel, diese Brachen vorwiegend für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe umzuwidmen, führt in die falsche Richtung. Diese Flächen müssen mit den Schwerpunkten Wohnen, Kultur und Tourismus sowie integrierten Gewerbestrukturen entwickelt werden.
- Bebauungspläne sind so anzulegen, dass sie günstige Ausrichtungen für Solardächer, Minderenergie- oder Nullenergiehäuser schaffen. Insbesondere fordern wir die Aufnahme von entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen.

- Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, die Werbeflächen in der Stadt stark zu reduzieren und arbeiten darauf hin, Trier in Zukunft werbefrei zu machen.

6.2 Denkmalpflege

Die Stadtstruktur ist der schätzenswerte Fingerabdruck einer Stadt. Es sind nicht die Einzeldenkmäler, die eine Stadt prägen, sondern Straßenzüge, Gebäudeensembles, Plätze, Grünflächen und Vorgärten. Dieser gewachsene Charakter ist zu schützen und nicht zu sprengen.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Wir fordern einen behutsamen Umgang mit dem baulichen Erbe. Ein Denkmal ist mehr als nur eine „schöne Fassade“. Deren Entkernungen und Nutzungen, die dem Charakter eines Gebäudes widersprechen, ist zu entgegnen. Auch das vorhandene Umfeld von Denkmälern, deren Vorgärten, Mauern und schmiedeeisernen Gittern prägt das Stadtbild. Sie dürfen für schöne Stellplätze nicht der Planierdrause zum Opfer fallen.
- Die Denkmalpflege darf sich nicht nur auf den Erhalt von Fassadenelementen beschränken, sie muss auch den Erhalt historischer Platz- und Straßenzüge berücksichtigen.
- Die Empfehlungen des Denkmalpflegebeirat und der denkmalpflegerisch tätigen Vereine sind in Genehmigungsverfahren und im Stadtrat stärker zu beachten.

7 Sicherheit und Ordnung

7.1 Weniger Tempo, mehr Sicherheit auf den Straßen

Mit der Einführung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in der vergangenen Wahlperiode haben wir einen großen Schritt hin zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr erreicht. Ärgerlich bleibt weiterhin insbesondere das wilde Parken in der Stadt. Bürgerinnen und Bürger sollen sich frei und ungefährdet zu Fuß und mit dem Rad in Trier bewegen und aufhalten können. Vom Kommunalen Überwachungsdienst erwarten wir, dass vor allem dort nach Falschparker*innen gesucht wird, wo durch Falschparken der Verkehr in einer hinderlichen oder gefährlichen Art und Weise eingeschränkt wird.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Wir wollen mehr Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Dass Geh- und Radwege zugeparkt werden, können wir nicht hinnehmen. Die Stadt soll ausreichend Hilfspersonal einstellen und dafür sorgen, dass derartige Parkverstöße effektiver und konsequenter geahndet werden.
- Trotz kommunaler Geschwindigkeitsüberwachung wird in der Stadt noch immer viel zu schnell gefahren. Wir wollen, dass die Stadt mehr mobile Messanlagen anschafft, um die Einhaltung der Tempolimits noch besser kontrollieren zu können, insbesondere im Bereich von Schulwegen und Unfallschwerpunkten.

7.2 Kommunalen Vollzugsdienst stärken, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Der kommunale Vollzugsdienst leistet einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Hierzu gehört neben dem Jugendschutz, der Kontrolle und Durchsetzung kommunaler Satzungen und Verordnungen auch die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei Belästigungen der Allgemeinheit oder Ruhestörungen. Aufgrund der Personalsituation im kommunalen Vollzugsdienst ist die Beseitigung von nächtlichen Ruhestörungen in der Woche nur eingeschränkt, am Wochenende überhaupt nicht gewährleistet. Offene Stellen können aufgrund der schlechten Bezahlung teilweise nicht besetzt werden. Wir erkennen die schwierige und teilweise gefährliche Tätigkeit der Mitarbeiter des kommunalen Vollzugsdienstes im Umgang mit teilweise aggressiven und pöbelnden Personen an und wollen dies neben der Gewährleistung einer guten persönlichen Ausstattung entsprechend honorieren.

Daher fordern wir:

- Das Personal soll aufgestockt werden, um die Dienstzeiten des kommunalen Vollzugsdienstes auszudehnen und insbesondere auch die einsatzrelevanten Zeiten in der Nacht und am Wochenende abzudecken. Vorübergehend soll der personelle Fehlbedarf auch durch eine zeitweise Unterstützung von Mitarbeitern anderer Ämter mit entsprechender Sachkunde ausgeglichen werden dürfen.
- Der Anteil der Frauen beim kommunalen Vollzugsdienst soll durch entsprechende Maßnahmen und eine gezielte Anwerbung erhöht werden.
- Die Attraktivität der Tätigkeit im kommunalen Vollzugsdienst soll durch Stellenaufwertungen gesteigert werden.
- Niemand soll Angst haben, nachts in Trier unterwegs zu sein. Wir wollen daher die Beleuchtungssituation in der Stadt verbessern, insbesondere an Orten, wo Fußgänger*innen und Radfahrer*innen unterwegs sind.

7.3 Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Die Berufsfeuerwehr der Stadt Trier und die freiwilligen Feuerwehren in den Stadtteilen sorgen durch ihren unermüdlichen und hochmotivierten Einsatz rund um die Uhr für einen Schutz der Bevölkerung vor Bränden, Katastrophen und anderen Gefahren auf hohem Niveau. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die Arbeitsbedingungen der Feuerwehrleute verbessern. Während der nötige Neubau der Berufsfeuerwehrwache auf dem Gelände des alten Polizeipräsidiums vorangetrieben wird, sind die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren nicht selten sanierungsbedürftig. Wir wollen auch weiterhin, dass den freiwilligen Hilfsorganisationen wie DRK, MHD oder JUH angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Die Jugendfeuerwehren und Jugendgruppen der Hilfsorganisationen sind ein wichtiges Instrument der Nachwuchsgewinnung und eine wichtige Stütze der Jugendarbeit. Hier wird von den Verantwortlichen vorbildliche Arbeit geleistet.

Wir fordern:

- Der Bau der neuen Hauptwache soll zügig vorangetrieben werden, um die Funktionsfähigkeit der Feuerwehr zu gewährleisten und das hohe Schutzniveau zu halten. Es darf nicht zu Bauverzögerungen und damit einhergehenden Kostenüberschreitungen kommen.
- Feuerwehrleute müssen eine zeitlich realistische Perspektive für bessere Arbeitsbedingungen haben.
- Der Anteil der Frauen bei der Feuerwehr soll durch entsprechende Maßnahmen und eine gezielte Anwerbung erhöht werden.
- Die Unterstützung des Ehrenamts soll fortgeführt und eine zeitlich absehbare Sanierung maroder Feuerwehrgerätehäuser vorangetrieben werden.
- Die Jugendfeuerwehren sollen strukturelle und finanzielle Unterstützung erfahren. Der Anteil der Mädchen in den Jugendfeuerwehren soll durch entsprechende Maßnahmen und eine gezielte Anwerbung erhöht werden.

7.4 Justizvollzugsanstalt

Die Landesregierung beabsichtigt eine Schließung der Justizvollzugsanstalt in der Gottbillstraße sowie der Außenstelle mit dem offenen Vollzug in Saarburg. Nachdem der Stadtrat gegenüber der Landesregierung eine Resolution zum Verbleib der Justizvollzugsanstalt verabschiedet hat, werden wir uns auf städtischer Ebene weiterhin für den Erhalt der JVA in Trier mit der Außenstelle in Saarburg einsetzen.

8 Wirtschaft und Finanzen

Ein lebendiges Trier braucht eine lebendige Wirtschaft. Sie ist eine Grundlage für Lebensqualität und Attraktivität unserer Stadt. Einzelhandel, Handwerk, Gesundheitswesen und Tourismus sind Triers wirtschaftliche Stärken. Hier liegt viel Potenzial, das weiter ausgebaut werden kann und muss. Dabei gilt es, lokale und regionale Unternehmen zu fördern, um die Wertschöpfung in der Stadt und im Großraum Trier zu erhalten. Ökologische und solidarische Formen der Ökonomie zu unterstützen, dient zusätzlich dem Erhalt der Lebensqualität in der Stadt. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern das Leben in Trier angenehmer zu machen, setzen wir uns außerdem dafür ein, Tempolimits und Parkverbote strenger zu ahnden.

8.1 Potenziale der lokalen Wirtschaft nachhaltig stärken und nutzen

Riesige Konsumtempel auf der grünen Wiese bedrohen kleine, inhabergeführte Geschäfte, auch im Herzen Triers. Solche Einrichtungen lehnen wir grundsätzlich ab. Die Einzelhandelszentralität hat zwischen 2011 und 2018 in Trier um ca. 20% abgenommen. In diesem Zeitraum ging die Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte um 13,1%, in der Innenstadt sogar um 16,3% zurück. Der zunehmende Online-Handel, sowie die Ausdehnung von Verkaufsfläche im Umland und in Luxemburg machen dem Trierer Einzelhandel schwer zu schaffen. Bereits bei der Verabschiedung des Einzelhandelskonzeptes 2015 haben wir darauf hingewiesen, dass dies kein starres Konstrukt ist, sondern einer rechtzeitigen Fortschreibung bedarf. Diese Fortschreibung muss Konzeptionen erarbeiten, die einen lebendigen Einzelhandel in der Innenstadt erhält, neue Formen der Kaufkraftstärkung entwickelt, sowie auf aktuelle Verbraucher*innenwünsche eingeht. Eine einseitige Entwicklung zu Lasten der Innenstadt wird nicht unsere Unterstützung finden.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Das vom Stadtrat beschlossene Einzelhandelskonzept verhindert Ansiedlungen von Einkaufszentren am Stadtrand und das Ausbluten der Innenstadt und soll bestehen bleiben.
- Die Verwaltung soll die lokale Wirtschaft darin unterstützen, ein gemeinsames Handelsforum zu gründen. Dabei sollen insbesondere Onlinebestellungen von lokalen Produkten mit umweltfreundlicher Auslieferung über ein zentrales, gemeinsames Internetportal ermöglicht werden.
- Ein Logistikkonzept für die Innenstadt soll den Lieferverkehr umweltfreundlicher gestalten. Dazu gehört zum Beispiel die Förderung von Lastenfahrrädern und Elektroscooter-Stationen in den Stadtteilen.

- Wir wollen eine/n Innenstadtbeauftragte/r einsetzen, der/die kleine bis mittlere Unternehmen berät, bei der Existenzgründung unterstützt und auf Leerstände hinweist und diese zu vermeiden hilft. Dabei soll auf eine gesunde Durchmischung verschiedener Branchen geachtet werden.
- Die Stadt soll die Gründung nachhaltiger Unternehmen fördern, die Lebensqualität fördern, schonend mit der Umwelt umgehen und keine zusätzlichen Flächen verbrauchen. Hier setzen wir vor allem auf die Kultur- und Kreativwirtschaft.
- Wir wollen Ansätze der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) in Trier fördern. Wir fordern daher, dass die Stadt Trier kleine landwirtschaftliche Betriebe und Konsumenteninitiativen bei der Gründung bzw. der Umstellung von landwirtschaftlichen Betrieben unterstützt (z. B. durch die Finanzierung von Beratungsleistungen), die zukünftig nach den Prinzipien der solidarischen Landwirtschaft wirtschaften wollen.
- Gründungen und Start-Ups brauchen eine Atmosphäre, die sie in ihrem Wirtschaften wertschätzt. Die Stadt soll insbesondere Start-Ups mit nachhaltigem Portfolio Unterstützung anbieten.
- Um die Attraktivität Triers für angehende Fachkräfte zu steigern, setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt in Kooperation mit den Kammern und gegebenenfalls zusammen mit dem Umland ein am Solidarprinzip ausgerichtetes ÖPNV-Ticket für Auszubildende einführt, ähnlich dem Semesterticket für Studierende.
- Was die Ausbildung und die Anwerbung von Fachkräften angeht, soll die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion einnehmen und mit entsprechenden Maßnahmen ihre Attraktivität als Arbeitgeberin steigern.
- Fachkräfte für Trier -auch international- anzuwerben, in Trier zu halten und für deren gerechte Bezahlung zu sorgen, soll Aufgabe einer neu einzurichtenden Koordinationsstelle für Stadt- und Fachkräftemanagement sein. Zur Ermittlung und Deckung des Bedarfs an Fachkräften in lokalen Unternehmen, soll die Koordinationsstelle verstärkt mit den Hochschulen, den Kammern, den Jobcentern, der Agentur für Arbeit und den Berufsschulen zusammenarbeiten.
- Was den für Trier so wichtigen Tourismus angeht, hat die Stadt in den vergangenen Jahren selten auf nicht nachhaltige, stattdessen auf umweltschädigende Einzelprojekte wie etwa die ADAC-Rallye gesetzt, die zusätzlich mit finanziellen Aufwendungen verbunden war. Wir begrüßen es sehr, dass dieses Event nun nicht mehr bei uns stattfindet. Stattdessen wollen wir, dass die Stadt ökologisch nachhaltigen, sanften Tourismus fördert und insbesondere die zunehmende Zahl an Gästen in den Blick nimmt, die mit dem Rad, dem Schiff und der Bahn nach Trier kommen.

8.2 Finanzen: Keine schwarze Null auf Kosten der Lebensqualität

Eine starke Wirtschaft wirkt sich positiv auf die angespannte finanzielle Situation Triers aus. Um die Einnahmen der Stadt zu verbessern, fordern wir ein entschlosseneres Auftreten der Verwaltung gegenüber Land und Bund. Weitere Einsparungen insbesondere im sozialen und ökologischen Bereich werden wir nicht hinnehmen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Einsparpotenzial sehen wir bei den städtischen Ausgaben für Energie. Wir fordern die zeitnahe Erstellung von Liegenschaftsenergiekonzepten, um wirtschaftliche und CO₂-reduzierende Maßnahmen zu identifizieren und anschließend zeitnah umzusetzen. Dabei sollen insbesondere Fördermöglichkeit von Bund und Land berücksichtigt werden. Mögliche Maßnahmen sind u. a. die Verbesserung der Wärmedämmung öffentlicher Gebäude oder die Sanierung der Anlagentechnik wie z. B. die einfache Installation von Heizkörperthermostaten oder der geförderte Austausch von Heizungspumpen. So können die Heizkosten drastisch in der Verwaltung und allen städtischen Gebäuden, aber auch in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, gesenkt werden.
- Ausgaben lassen sich auch durch die Digitalisierung der Verwaltung reduzieren. Die lokale Kreativwirtschaft soll entsprechende Aufträge erhalten, um Vorschläge zu erarbeiten, wie Prozesse im Verwaltungsablauf mithilfe digitaler Möglichkeiten optimiert werden können.
- Einsparmöglichkeiten für den städtischen Haushalt ergeben sich auch durch die Nutzung nachhaltiger Produkte und Programme, wie etwa Open-Source-Programme im IT-Bereich.
- Die Fluktuation von Personal kostet die Verwaltung mehr Geld als dauerhaft angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daher soll die Stadt Arbeitsverträge nicht mehr befristen und stattdessen Festanstellungen anbieten.
- Keine Einsparmöglichkeiten sehen wir bei den freiwilligen Leistungen der Stadt, im Sozialbereich, in der Bildung, in der Kultur oder bei der Umwelt. Einen ausgeglichenen Haushalt auf Kosten der Lebensqualität erreichen zu wollen, lehnen wir ab. Stattdessen soll sich die Stadt bei Land und Bund dafür einsetzen, dass wichtige freiwillige Leistungen zu Pflichtaufgaben der Kommunen werden, die nicht zur Disposition stehen.
- Bei den freiwilligen Leistungen zu sparen, verlagert Kosten meist nur in die Zukunft und löst das strukturelle Defizit der Stadt nicht. Um die Finanzierung dauerhaft sicherzustellen, muss sich die Stadt deutlicher als bisher gegenüber Bund und Land positionieren und darf nicht den Konflikt scheuen, sondern muss mit Verweis auf ihre Leistungen auftreten.
- Die strukturellen Finanzdefizite der Stadt wollen wir auch dadurch ausgleichen, dass die umliegenden Landkreise stärker in die Pflicht genommen werden. Alle Kommunen sollen für die Leistungen aufkommen, die von ihren Bürger*innen in Anspruch genommen werden, etwa durch eine Beteiligung umliegender Kommunen bei der Schülerbeförderung oder beim Unterhalt von Schulen. Auch bei der Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben sollen sich die benachbarten Kommunen an der Finanzierung beteiligen, da auch ihre Einwohnerinnen und Einwohner von diesen Leistungen profitieren.

- Die Privatisierung von kommunalen Aufgaben z.B. in Public-Private-Partnership (PPP) führt zwar kurzfristig zu Einsparungen, langfristig zahlt die Kommune in der Regel jedoch mehr, da sie den Gewinn des privaten Partners finanzieren muss. Dies geht nicht selten auch mit einem Qualitätsverlust erbrachter Leistungen einher. Daher lehnen wir solche Kooperationen ab. Alternativ zu den PPP-Projekten bietet sich die Partnerschaft bei kommunalen Bauprojekten mit den Stadtwerken Trier an.
- Im Vergleich zu anderen vergleichbar großen Städten erhebt Trier eine niedrige Gewerbesteuer. Um die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, streben wir eine moderate Erhöhung an, die die lokale Wirtschaft nur gering belasten wird.
- Wir fordern eine kommunale Divestment-Strategie: keine Investitionen in Kohlestrom und Konzerne, deren wirtschaftliches Handeln auf dem Kohleabbau und der Kohleverstromung begründet ist; hierzu gehört auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Anlageportfolio der deka-Unternehmensgruppe, an der auch der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz beteiligt ist.

